



HANDELSBEZIEHUNGEN MIT DER POST-SOWJETISCHEN REGION ESKALATION DER UKRAINE-KRISE STIMMUNG DER BEVÖLKERUNG DER KRIM MH17

■ ANALYSE		
Der ukrainische Außenhandel mit der postsowjetischen Region		2
Von Dmitri Stratiewski, Berlin		
■ ANALYSE		
Der Konflikt um den Transit ukrainischer Exporte durch Russland		5
Von Vera Belaya, Pfalzgrafenweiler		
■ DOKUMENTATION		
Eskalation des Konfliktes in der Ostukraine		9
■ DOKUMENTATION		
Eskalation auf der Krim		12
■ DOKUMENTATION		
Meinungsumfrage auf der Krim		17
■ DOKUMENTATION		
Bericht des internationalen Ermittlerteams (28.9.2016) zum Abschuss des malaysischen Passagierflugzeugs MH17 über der Ostukraine am 17.7.2014		22
■ CHRONIK		
27. Juni – 25. September 2016		24

Der ukrainische Außenhandel mit der postsowjetischen Region

Von Dmitri Stratievski, Berlin

Zusammenfassung

Lange Zeit setzte die Ukraine auf ein etabliertes Außenhandelsmodell. Die Regierung bemühte sich um einen besseren Zugang zu den westlichen Märkten und die Beseitigung von Handelsschranken mit der EU und den USA. Die neuen Eigentümer der alten sowjetischen Schwerindustrie in der Südostukraine und die Lebensmittelproduzenten im Zentrum und im Westen des Landes setzten dagegen stärker auf Handel mit den GUS-Partnerländern. In den letzten Jahren zeichnet sich eine Abkehr von diesem Modell ab. Die wichtigsten Handelspartner der Ukraine sind heute nicht mehr im Osten zu finden. Zwar ist die Russische Föderation nach wie vor ein wichtiger Handelspartner der ukrainischen Wirtschaft, das Handelsvolumen mit der EU überstieg 2016 aber dasjenige mit Russland.

Einleitung

2016 feiert die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) das 25. Jahr ihres Bestehens. Die GUS, eine politisch amorphe und von vielen Akteuren in der Region für längst überflüssig gehaltene Organisation, fungiert heute hauptsächlich als sprachliches Sammelbecken der ehemaligen Sowjetrepubliken, dem nur das Baltikum nicht angehört. Sie ist allerdings auch ein Wirtschaftsraum, obwohl die postsowjetischen Staaten derzeit unterschiedlichen politisch-wirtschaftlichen Bündnissen angehören bzw. Mitgliedschaften in ihnen anstreben. Die Ukraine ist als Teil dieses sprachlich-wirtschaftlichen Raums zu verstehen.

Rückblick

Der ukrainische Außenhandel der 1990er und 2000er Jahre war maßgeblich von vier Faktoren geprägt: 1. Die Abhängigkeit von Rohstofflieferungen aus Russland und die damit einhergehenden zwischenstaatlichen Streitigkeiten sowie Gas- und Erdölpreisschwankungen. 2. Die Fortführung des »Smeshniki«-Systems, also die Beibehaltung fester Handelsbeziehungen mit Zulieferbetrieben aus der Zeit der sowjetischen Planwirtschaft. 3. Zoll- und Steuervergünstigungen für ukrainische Exporte in die GUS. 4. Ein eingeschränkter Zugang zu westlichen Absatzmärkten.

Entscheidend waren nicht zuletzt stets die politischen Präferenzen der jeweiligen ukrainischen Regierung, die sich entweder russlandfreundlich verhielt oder eine stärkere Westbindung anstrebte. Weitere wichtige Akteure waren lokale und nationale Oligarchen, die ihre eigenen Interessen verfolgten. In den ersten Jahren der Unabhängigkeit gingen die ukrainischen Exporte in die ehemaligen Sowjetrepubliken zwar überraschend deutlich zurück (um mehr als 30 %), ihr Anteil am ukrainischen Gesamtexport lag 1999 aber immer noch bei 34 %.

Vor der Weltwirtschaftskrise von 2008 wuchsen die Ausfuhren nach Russland deutlich: 2005 betrug sie

etwa 8 Mrd. USD, 2007 lagen sie bei 13 Mrd. USD – ein Anstieg um über 40 %. Noch 2010 war Russland der wichtigste Handelspartner der Ukraine, 26 % aller Exporte gingen dorthin. Der Exportanteil in die GUS-Staaten insgesamt betrug 36 %. Im Zuge der andauernden politischen Unstimmigkeiten zwischen Moskau und Kiew veränderte sich die Exportsituation schrittweise. Der ukrainische Export nach Russland sank 2013 um 14 %, zugleich beflügelten eine positive Weltmarktkonjunktur für Metall und Chemie sowie der WTO-Beitritt der Ukraine seit 2008 den Handel mit dem Westen.

2014, im Jahr des Machtwechsels in Kiew, beliefen sich die ukrainischen Exporte nach Russland auf 11 Mrd. USD und machten damit 18 % des Gesamtexportvolumens aus. Davon waren 32 % Maschinen, Motoren und Anlagen, unter anderem für Züge und Straßenbahnen, Metalle lagen bei 22 %, anorganische Chemikalien und andere chemische Stoffe beliefen sich auf 16 %, Lebensmittel auf 9 %, Salze, Schwefel, Schotter, Zement und Stein auf 8 % und Papier und Zellulose auf 2 %. Russland lieferte 2014 Waren im Wert von 17 Mrd. USD in die Ukraine, davon waren 62 % Rohstoffe, 16 % Chemische Produkte, 10 % Maschinen und Anlagen, 4 % Metalle und Metallwaren, 3 % landwirtschaftliche Erzeugnisse und 2 % Holz.

Vor 2014 war auch die Kooperation zwischen Russland und der Ukraine im Rüstungsbereich von herausragender wirtschaftlicher Bedeutung. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung 1991 arbeiteten 750 ukrainische Betriebe mit insgesamt 1,45 Mio. Beschäftigten für das sowjetische Militär, das waren 35 % aller ukrainischen Betriebe. Die Zahl der Rüstungsbetriebe blieb mit mehr als 140 hoch, wobei fast zwei Drittel ihrer Gesamtproduktion für den Export, vor allem nach Russland, bestimmt waren. 2013 kooperierten ukrainische Rüstungs- und Dual-Use-Unternehmen mit etwa 1.300 meist noch altbewährten russischen Partnern, etwa dem Turbinenhersteller Motor Sitsch, dem

Flugzeugreparaturbetrieb NARP in Mykolajiw oder der Kiewer Forschungsanstalt für Optik und Feuerlenkung. Die entsprechende Open Source-Liste führt etwa 7.000 Produkte und Projekte auf.

Neben Russland war Belarus ein ausgesprochen wichtiger Handelspartner der Ukraine. 2014 betrug der Warenaustausch zwischen der Ukraine und Belarus fast 6 Mrd. USD. 4 Mrd. USD davon waren Exporte, etwa von Metall, Medikamenten, Strom und dem Re-Export russischen Öls; der Import belief sich auf 2 Mrd. USD, importiert wurden etwa Düngungsmittel, Traktoren, Haushaltsgeräte, Lebensmittel und Getränke.

Der Einfluss der Ukraine-Krise

Seit der Annexion der Krim, den kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine und den Unruhen und der politischen Destabilisierung in verschiedenen Landesteilen gilt die ukrainische Wirtschaft als stark angeschlagen. Laut einer Aussage des Präsidenten Petro Poroschenko vom September 2015 kostet jeder Kriegstag die Ukraine 5 Mio. USD. Laut Statistischem Amt der Ukraine gibt es 1,5 Mio. Binnenflüchtlinge im Land, zahlreiche Fabriken im Donbass wurden zerstört oder befinden sich unter Kontrolle der Separatisten. Der Anteil der Krim am ukrainischen Bruttoinlandsprodukt lag vor der Annexion bei 3,5 %.

In Folge dieser Entwicklungen brach das BIP der Ukraine 2014 um 7,5 % ein, 2015 um weitere 10 %. Verbunden war dies mit einem Absturz des Wechselkurses und einem starken Rückgang der Kaufkraft. Betroffen waren davon nicht nur das Realeinkommen der Bevölkerung und die Haushaltslage des Landes, auch der Außenhandel ging erheblich zurück, nicht zuletzt der mit dem postsowjetischen Raum.

2015 sank der ukrainische Außenhandel um ein Drittel, gleichzeitig wurden die Handelsaktivitäten der Ukraine grundsätzlich neu ausgerichtet. In diesem Jahr war die EU zum ersten Mal der Hauptwirtschaftspartner der Ukraine: In die Länder der Europäischen Union wurden Waren im Gesamtwert von 13 Mrd. USD exportiert (das ist im Vergleich zu 2014 ein Rückgang um 23 %), die GUS-Staaten einschließlich Russlands importierten dagegen ukrainische Güter im Wert von knapp 8 Mrd. USD (was einem Rückgang um 48 % entspricht). Diese Tendenz setzt sich im laufenden Jahr fort. Im ersten Halbjahr 2016 sank der ukrainische Außenhandel mit den ehemaligen Sowjetrepubliken um etwa 30 %. Gleichzeitig verzeichnete das ukrainische Amt für Statistik einen Anstieg des Exports in die EU um 7 % und einen Anstieg des Imports von dort um 3 %. Derzeit werden nur noch in zwei ukrainischen Grenzregionen, Sumy und Char-

kiw, mehr Waren mit dem Osten als mit dem Westen ausgetauscht.

2014 erreichten die ukrainisch-russischen Beziehungen einen Tiefpunkt. Die Zusammenarbeit im Rüstungsbereich lag aus politischen Gründen fast vollständig auf Eis und Russland sanktionierte stufenweise die Einfuhr ukrainischer Güter. Am stärksten war davon die ukrainische Lebensmittelproduktion betroffen. Inzwischen hat sich die russische Verbotsliste nahezu verdoppelt, im vergangenen Jahr umfasste sie Schokolade, Pralinen, Sonnenblumen, Sojabohnen, Milch und Milchprodukte, Kartoffeln sowie alkoholische Getränke und bestimmte Konservenmarken. Die russische Regierungsverordnung vom 21. Dezember 2015 erklärt die Einfuhr von »Agrarprodukten, landwirtschaftlichen Primärprodukten und Lebensmitteln, deren Herkunftsland die Ukraine ist« ab dem 1. Januar 2016 für endgültig nicht mehr gestattet. Begründet wurde diese Maßnahme mit der »Implementierung des wirtschaftlichen Abschnitts des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU«. Die Ukraine reagierte mit entsprechenden Gegenmaßnahmen, obwohl etliche Lebensmittel aus russischer Produktion nach wie vor in die Ukraine geliefert werden dürfen. Außerdem sind russische Konsumgüter (etwa Parfüm, Kosmetik, Kinder- und Babyartikel, Haushaltsgegenstände sowie Zahnreinigungs- und Körperpflegeprodukte) in großen Mengen in ukrainischen Drogerien erhältlich. Ihr Verkauf lohnt sich wegen ihrer vergleichsweise günstigen Preise und einer hohen Beliebtheit bei den Konsumenten.

Die ukrainische Wirtschaft ist nach wie vor in hohem Maße rohstoffabhängig und auf russische Energieträger angewiesen, wobei sich das gesamte Energiehandelsgeflecht zwischen der Ukraine und Russland tiefgreifend verändert hat. Das spiegelt sich etwa in der Zusammensetzung der Importposten wider. Zu den Top 5 der ukrainischen Einfuhren aus dem Ausland gehört immer noch Erdgas, 2016 macht es 6 % des Gesamtvolumens aus. Direkt kauft die Ukraine jedoch kein russisches Gas mehr, sondern erwirbt diesen in Russland geförderten Rohstoff im Rahmen eines Reverse-Charge-Verfahrens in der Slowakei sowie in Österreich und Polen. Die Einfuhr von Erdölprodukten macht 7 % der ukrainischen Importe aus. Ein wichtiger Akteur ist hier neuerdings auch das Nachbarland Belarus mit seinen aus russischem Öl hergestellten Treibstoffen.

Der Handel mit anderen postsowjetischen Ländern

Neben Russland und der Republik Moldau ist Belarus einer der unmittelbar an die Ukraine angrenzenden GUS-Staaten; außerdem ist das Land Mitglied in der Zollunion und der Eurasischen Wirtschaftsgemein-

schaft, beides von Moskau dominierte Organisationen. Der Warenumsatz zwischen Belarus und der Ukraine ist in den letzten Jahren rapide gesunken: 2013 betrug er gut 6 Mrd. USD, 2015 lag er bei gut 3 Mrd. USD und im ersten Halbjahr 2016 belief er sich auf 1,4 Mrd. USD, wobei momentan etwa 70% des ukrainischen Imports aus Belarus Benzinlieferungen sind. Vormalige wichtige Einfuhrposten, etwa kostengünstige Haushalts- und Landwirtschaftsgeräte (Kühlschränke, Herde, Minitraktoren usw.), verlieren drastisch an Attraktivität; in erster Linie geht das auf den aktuell niedrigen Griwna-Kurs zurück, denn die beiden Staaten wickeln ihre Geschäfte in US-Dollar ab.

Auch Moldau mit seiner Hauptstadt Chişinău hat eine gemeinsame Grenze mit der Ukraine. Entlang der Region Odessa liegt die abtrünnige, international nicht anerkannte Republik Transnistrien. Sie gehört völkerrechtlich zu Moldau und behindert den Warenaustausch mit der Ukraine nicht. Moldau ist Mitglied in der Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung (GUAM), die für eine stärkere Unabhängigkeit von Moskau eintritt. Wirtschaftspolitisch schützt Chişinău die eigene durch die russischen Sanktionen stark angeschlagene Lebensmittelproduktion und hat in diesem Zuge im April 2016 die Einfuhr ukrainischer Milchprodukte mit Einschränkungen belegt, die bis zum Jahresende in Kraft sind. Auch der Import von ukrainischem Zement wurde sanktioniert. 2015 betrug der Warenaustausch zwischen der Ukraine und Moldau 0,6 Mrd. USD, das sind 0,2 Mrd. USD bzw. 30% weniger als im Vorjahr. Die ukrainischen Ausfuhren nach Moldau beliefen sich 2015 auf 0,5 Mrd. USD, das sind ebenfalls 30% weniger als 2014. Der ukrainische Import aus Moldau weist zwar eine positive Tendenz auf, sein Umfang ist aber sehr gering.

Wegen einer starken politischen Verbundenheit zwischen der Ukraine und Georgien kommt Georgien unter den kaukasischen Staaten traditionell eine Sonderstellung im ukrainischen Außenhandel zu. Die Krise hat dem ukrainisch-georgischen Handel jedoch erheblich geschadet. 2015 registrierte das georgische Nationale Amt für Statistik einen Warenaustausch in Höhe von 0,5 Mrd. USD, das ist ein

Rückgang um 25% gegenüber 2014. Die Ausfuhr ukrainischer Güter nach Georgien sank um 17% bzw. 0,5 Mrd. USD, die Einfuhr georgischer Güter in die Ukraine ging um 57% bzw. 0,06 Mrd. USD zurück. Bei einigen traditionellen georgischen Importgütern kam es zu dramatischen Rückgängen, etwa bei Wein und alkoholfreien Getränken, darunter auch Mineralwasser (minus 61%) und bei Erdnüssen (minus 64%).

Auch der Warenverkehr zwischen der Ukraine und anderen GUS-Staaten leidet unter den Handelsbeschränkungen Moskaus. 2016 erließ Wladimir Putin zwei Anordnungen, die den ukrainischen Transithandel mit Kasachstan und Kirgisien über russisches Gebiet de facto unmöglich machen. Entsprechend ist der ukrainische Ex- und Import nach und aus Kasachstan von Januar bis April 2016 eingebrochen, der Export sank im Vergleich zum Vorjahr um 48%, der Import ging um 13% zurück. Dem ukrainischen Magazin *Apostroph* zufolge hat die Ukraine durch diese Blockade über eine Milliarde USD verloren.

Ausblick

In seinem Bericht vom September 2016 stellte der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft fest: »Nach zwei aufeinanderfolgenden Jahren mit einem scharfen Einbruch der Wirtschaftsleistung scheint die Ukraine wirtschaftlich allmählich wieder auf dem Weg der Besserung zu sein«. Auch im bilateralen ukrainisch-deutschen Handel hat 2016 eine kräftige Erholung eingesetzt (plus 31% im ersten Halbjahr). Die ukrainische Wirtschaft erholt sich schrittweise von der tiefsten Krise seit der Unabhängigkeit. Das ist dem Einkehren einer gewissen politischen Stabilität sowie dem verstärkten Handel mit den nicht-postsowjetischen Märkten zu verdanken. Eine Rückkehr zur russlandorientierten Wirtschaft ist wenig wahrscheinlich. Der russische Markt genauso wie die Wirtschaftsräume anderer ehemaliger Sowjetrepubliken, vor allem Kasachstans und Belaruss, bietet gewiss ein Potential für die Ukraine. Eine deutliche Erhöhung des Außenhandels ist hier aus politischen Gründen aber nicht zu erwarten.

Über den Autor

Dr. Dmitri Stratiewski ist Politologe und Historiker sowie stellvertretender Vorsitzender des Osteuropa-Zentrum Berlin e.V.

Der Konflikt um den Transit ukrainischer Exporte durch Russland

Von Vera Belaya, Pfalzgrafenweiler

Zusammenfassung

Der Streit um das ukrainische Freihandelsabkommen mit der EU und die westlichen Sanktionen gegen Russland im Zuge der Ukraine-Krise haben auch zu einem Handelskrieg zwischen Russland und der Ukraine geführt. Der vorliegende Artikel gibt einen Überblick über die entsprechenden Handelsbeschränkungen und ihre Wirkung, insbesondere mit Bezug auf den Transit ukrainischer Exporte durch Russland nach

Zentralasien.

Ausgangslage

Am 1. Januar 2016 setzte Russland das Freihandelsabkommen zwischen Russland und der Ukraine außer Kraft und erließ ein Handelsembargo gegen ukrainische Agrargüter. Zunächst unterband Russland den Transit ukrainischer Güter nach Kasachstan über sein Territorium vom 1. Januar bis zum 1. Juli 2016 – nach eigenen Angaben aus Gründen der wirtschaftlichen Sicherheit und zur Förderung seiner nationalen Interessen. Am 3. Juli 2016 verkündete das offizielle Webportal der russischen Rechtstexte eine Verlängerung des Transitverbots für ukrainische Lieferungen bis zum 31. Dezember 2017 und erweiterte es auf Kirgistan.

Die Vizepräsidentin des russischen Clubs der Finanzdirektoren, Tamara Kasjanowa, erklärte, Kirgistan sei von dem Verbot betroffen, obwohl es keine direkte Grenze mit Russland hat, weil ukrainische Spediteure den Transit ihrer Waren durch Russland häufig mit der Behauptung ermöglicht hätten, ihr eigentliches Ziel sei Kirgistan.

Die ukrainische Regierung wiederum verhängte am 10. Januar 2016 ein Handelsembargo gegen Russland, das ursprünglich bis zum 5. August 2016 gelten sollte. Es erstreckte sich auf Fleisch, Fleischprodukte, Fisch, Milchprodukte, Schmelzkäse, Kaffee, Tee, Getreide, Süßwaren, Babynahrung, Nudeln, Bier, Alkohol, Wodka, Zigaretten, Zwiebeln, Ketchup, Kekse und andere russische Produkte. Am 6. Juli 2016 wurde es um anderthalb Jahre bis zum 31. Dezember 2017 verlängert. Dies war eine Reaktion auf die entsprechende Verlängerung des russischen Lebensmittelembargos.

Der Transitkonflikt

Der aktuelle Handelskrieg zwischen Russland und der Ukraine begann, als die russische Regierung am 1. Januar 2016 den Warentransit aus der Ukraine nach Kasachstan über ihr Territorium einschränkte. Anfang Februar 2016 entspannte sich der Konflikt etwas. Nach langwierigen Verhandlungen gestattete Russland der

Ukraine, in von russischen Beamten begleiteten Lastwagen Transitleistungen über russisches Gebiet durchzuführen, wobei beide Länder sich auf Quoten für diesen Transitverkehr einigten.

Als Reaktion auf Drangsalierungen ukrainischer Spediteure in Russland verbot die ukrainische Regierung Mitte Februar 2016 die Weiterfahrt russischer Lastwagen in der Ukraine. Nach Angaben des ukrainischen Ministeriums für Verkehr wurden am 14. Februar über 100 russische Lastwagen auf dem Weg nach Moldawien blockiert. Auch etwa 500 weitere Lastwagen, die aus der EU kamen und auf dem Weg nach Russland waren, konnten das Territorium der Ukraine nicht mehr nutzen.

Daraufhin verbot Russland am 1. Juli den Transit ukrainischer Lastwagen durch Russland. Am 14. Juli standen deshalb fast 130 Lastwagen mit Waren, die aus der Ukraine nach Kasachstan und Kirgistan transportiert werden sollten, an der ukrainisch-weißrussischen Staatsgrenze und konnten diese nicht passieren. Als Alternative empfahl die russische Seite eine Route über Georgien und Aserbaidschan einschließlich zweier Schiffstransporte über das Schwarze und das Kaspische Meer.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Transitbeschränkung

Von dem Transitverbot sind eigentlich nur Kasachstan und Kirgistan direkt betroffen. Über diese beiden Länder werden allerdings weitere zentralasiatische Länder (Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan) sowie die Mongolei und das zu China gehörige Autonome Gebiet Xinjiang beliefert. Zusätzlich blockierte Russland auch an der Grenze zu Georgien ukrainische Waren, was den Handel mit dem Südkaukasus (Georgien, Armenien und Aserbaidschan) erschwert.

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamts sind die ukrainischen Ausfuhren in GUS-Länder in der ersten Hälfte 2016 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 30 % auf 2,6 Mrd. USD zurückgegangen. Die Einfuhren aus den GUS-Ländern verringerten sich in der ersten Hälfte 2016 verglichen mit dem Vorjahreszeitraum

ebenfalls um etwa 30 % auf 3,6 Mrd. USD. In den ersten fünf Monaten 2016 verringerten sich die ukrainischen Ausfuhren nach Russland im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 36 %.

2015 betrug die ukrainischen Gesamtexporte 38 Mrd. USD. Das entspricht einem Rückgang von 44 % gegenüber 2011 und von 29 % gegenüber 2014. Die ukrainischen Exporte in die vom Transitverbot betroffenen Länder (inklusive Russland) betrug 2015 nur noch knapp 7 Mrd. USD, was einem Rückgang von 72 % im Vergleich zu 2011 und von 48 % im Vergleich zu 2014 entspricht. Ohne Russland betrug der Wert der aus der Ukraine in die von dem Handelskonflikt betroffenen Länder gelieferten Waren 2015 gerade einmal 2 Mrd. USD und in den ersten acht Monaten von 2016 ca. 1 Mrd USD.

Russland ist mit 4,8 Mrd. USD Handelsvolumen (2015) der wichtigste ukrainische Handelspartner in der post-sowjetischen Region. Von den vom russischen Transitverbot betroffenen Ländern war Kasachstan 2015 mit 713 Mio. USD Handelsvolumen der wichtigste Abnehmer ukrainischer Güter. Nach Informationen des kasachischen Statistikkomitees sind die kasachischen Importe aus der Ukraine im ersten Halbjahr 2016 um 34 % und die Exporte in die Ukraine um 49 % eingebrochen.

Neben dem russischen Transitverbot können aber auch andere Faktoren für den Rückgang des ukrainischen Außenhandels verantwortlich gemacht werden. Zentral ist dabei die Wirtschaftskrise mit einem Einbruch des Wechselkurses der nationalen Währung, hohen Inflationsraten und ein Rückgang der Kaufkraft sowohl in der Ukraine als auch in der post-sowjetischen Region insgesamt. Wegen der zahlreichen externen Faktoren, die für den Exportrückgang relevant sein können, lässt sich der wirtschaftliche Effekt des Konflikts um den Gütertransit nicht separat berechnen. Expertenmeinungen können allerdings eine Vorstellung von den wirtschaftlichen Folgen des Konflikts geben.

Expertenmeinungen

Laut Aivaras Abromavičius, dem ehemaligen Wirtschaftsminister der Ukraine, ist die Alternativroute zur Vermeidung des russischen Territoriums 500 Kilometer länger und generiert durch zusätzliche Warenversiegelung, Ruhepausen und Benzinverbrauch um 23 % bis 50 % höhere Transportkosten. Das steigert die Preise der Endprodukte, die mit den lokalen Produkten nicht mehr konkurrieren könnten, so dass die Märkte verloren gingen.

Nach Meinung des Präsidenten des Vereins »Ukrkondprom« der Ukraine, Alexander Baldynyuk, war die Ukraine auf die Maßnahmen der Russischen

Föderation nicht vorbereitet und ist nun überfordert. Es gibt zwar eine alternative Transitroute, diese sei jedoch nicht effektiv genug. Er sieht in dieser Hinsicht vor allem zwei Probleme:

Das erste sind die hohen Transportkosten für Fährpassagen, aufgrund derer ein erheblicher Teil der ukrainischen Exportprodukte nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Die Kosten für die Fähre über das Schwarze Meer, die momentan »Ukrferry« betreibt, wurden zum 1. August um 300 USD erhöht, damit kostet die Auslieferung eines Waggons nach Almaty den ukrainischen Absender fast 12.000 USD. Ein weiteres Beispiel sind die Transitzkosten für eine Waggonladung, der aus der Ukraine nach Aserbaidschan geht. Für den Transit durch Russland liegen sie bei 4.800 USD. Die Überfahrt mit der Fähre kostet 7.300 USD. Unter diesen Bedingungen liegt z. B. der Transportkostenanteil am Preis von Süßwaren bei 30 % bis 35 %. Mit entsprechend höheren Preisen sind ukrainische Produkte nicht mehr konkurrenzfähig. Die Marktlücke schließen kostengünstigere Produkte russischer Süßwarenproduzenten. Andere für den zentralasiatischen Markt bestimmte Exportprodukte stehen vor ähnlichen Problemen.

Das zweite Problem an der alternativen Transitroute ist die mit ihr verbundene lange Lieferzeit. Momentan beträgt die Lieferzeit von Waren über die Alternativroute 30 Tage, während die Fahrt durch Russland nur 15 Tage gedauert hat.

Dem Präsidenten des Verbands der internationalen Spediteure der Ukraine Leonid Kostyuchenko zufolge bedeutet die Sperrung des Transportkorridors durch Russland für die ukrainischen Spediteure Zusatzkosten von 4,2 Mrd. Griwna (etwa 150 Mio. USD) jährlich.

Igor Ostapchuk, ein Agrarmarktexperte des Ukrainian Agribusiness Club (ICAB), schätzt die Lieferungen von Agrargütern in die vom Konflikt betroffenen Länder auf ca. 4 % der gesamten ukrainischen Agrarexporte bzw. auf 700 Mio. USD pro Jahr. Entsprechend veranschlagt er auch die Verluste der Ukraine infolge des Gütertransitverbots in dieser Höhe.

Als besonders kritisch sieht Ostapchuk die möglichen Folgen für die ukrainische Zuckerindustrie an, denn 59 % der ukrainischen Zuckerexporte gehen in vom Transitkonflikt betroffene Länder. Von den ukrainischen Exporten erhalten diese Länder außerdem 51 % der Zuckerprodukte, 50 % des Getreides, 47 % der Schokolade, 35 % der tierischen Fette und 29 % der Fleisch- und Fischprodukte. Angesichts der starken Ausrichtung der ukrainischen Hersteller auf diese Länder wird es ausgesprochen schwierig werden, alternative Abnehmer zu finden.

Die stellvertretende Ministerin für Wirtschaftsentwicklung und Handel der Ukraine, Natalia Mykolskiy,

schätzt den Verlust der ukrainischen Wirtschaft für das Jahr 2016 auf 1 Mrd. USD, wobei diese Schätzung alle vom Handelskonflikt direkt und indirekt betroffenen Länder berücksichtigt. Den Schaden durch den Verlust der beiden direkt betroffenen Märkte Kasachstan und Kirgistan beziffert sie auf 400 Mio. USD jährlich.

Alexander Kava, Berater des Ministers für Infrastruktur, meint, die durch den Konflikt entstehenden Verluste würden hauptsächlich von privaten Speditions- und Logistikfirmen und von Exportunternehmen getragen, die wegen der verspäteten Lieferungen mit höheren Gebühren rechnen müssten. Das Volumen der betroffenen Transitleistungen aus der Ukraine über Russland schätzt er auf 1,5 Mrd. USD.

Lösungsmöglichkeiten

Der Pressedienst des Ministeriums für Wirtschaftsentwicklung und Handel der Ukraine teilte am 3. Juli mit, die Einschränkungen des Warenexports aus der Ukraine würden die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) sowie das Abkommen über die Freihandelszone verletzen und seien wirtschaftlich und rechtlich nicht gerechtfertigt und diskriminierend. Am 4. Juli erklärte der Minister für Infrastruktur der Ukraine Vladimir Jemeljan in einem Fernsehinterview, die ukrainische Regierung habe bereits einen Aktionsplan ausgearbeitet, um auf die Sanktionen zu reagieren ohne dabei gegen WTO-Regeln zu verstoßen.

Um eine Aufhebung des Warentransitverbots zu erwirken, gibt es möglicherweise zwei Wege. Zum einen kann versucht werden, den Konflikt im Rahmen direkter Verhandlungen zu lösen. Insbesondere könnten Kasachstan und Kirgistan um Unterstützung gebeten werden, da sie selbst von dem Verbot betroffen sind und finanziellen Schaden nehmen. Die Nationale Unternehmerkammer der Republik Kasachstan »Atameken« hat sich bereits Anfang Juli 2016 mit der

Bitte an die russische Regierung gewandt, die Transitmöglichkeiten für eine Reihe von für Kasachstan strategisch wichtigen Rohstoffen zu prüfen. Es geht dabei um Waren, die der technologischen Entwicklung des Landes dienen und die nicht in der Liste der sanktionierten Agrarprodukte enthalten sind.

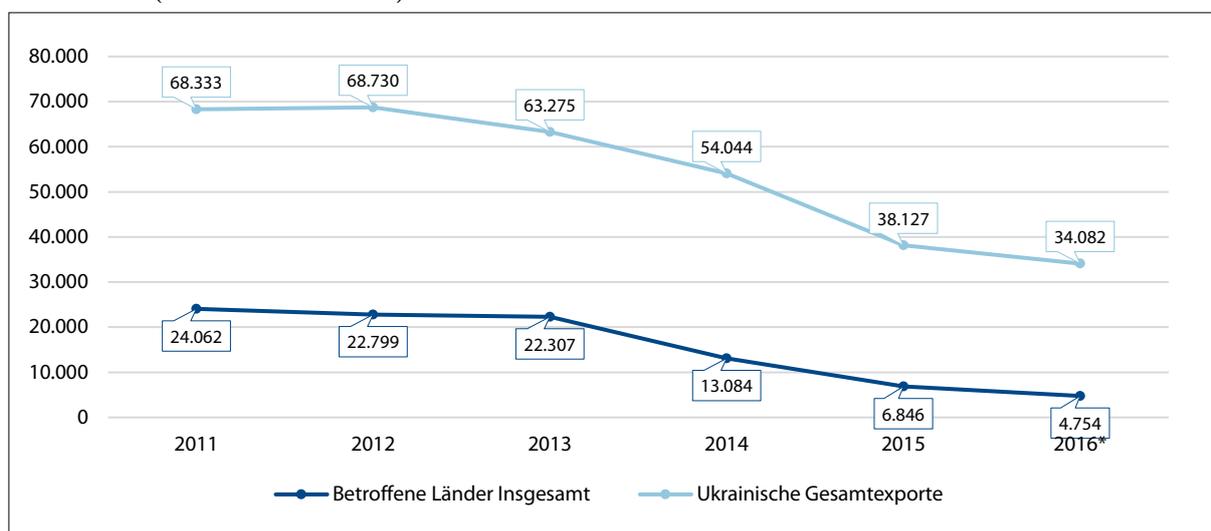
Zum anderen könnte ein neutraler Partner zur Schlichtung der Streitigkeiten hinzugezogen werden. Das könnte ein im Zuge der offiziellen Beschwerde durch die WTO berufener Vertreter dieser Organisation sein. Am 27. Juli berichtete die Ukraine auf der Sitzung des Allgemeinen Rats der WTO über den Fall und forderte die unverzügliche Aufhebung der rechtswidrigen Transitbeschränkungen. Allerdings könnte eine Lösung des Problems mithilfe der WTO bis zu zwei Jahre dauern, ohne dass es dabei eine Erfolgsgarantie gäbe.

Momentan sieht es so aus, dass die Transitbeschränkungen bis Ende 2017 in Kraft bleiben. Die Ukraine empfiehlt deshalb exportierenden Unternehmen, nach alternativen Handelspartnern oder geeigneteren Transportmöglichkeiten zu suchen. Erste Schritte zur Behebung des Problems wurden bereits unternommen. So kündigte der Minister für Infrastruktur der Ukraine Wolodymyr Omeljan am 10. August die Schaffung eines staatlichen Transitkomitees an, das den Warentransit durch die Ukraine und den Transport ukrainischer Exportprodukte in alle Welt koordinieren und erleichtern soll. Am 13. September unterzeichneten die Regierungen der Ukraine und Georgiens eine Vereinbarung über eine direkte Zugverbindung zwischen ihren Ländern, die mittels einer Fährfahrt zwischen Häfen beider Länder hergestellt wird. Damit könnte die Lieferzeit von Waren aus der Ukraine nach China und umgekehrt bereits in diesem Jahr auf neun bis zehn Tage gesenkt werden.

Über die Autorin

Dr. Vera Belaya studierte Betriebswirtschaft an der Kasachischen Agraruniversität in Astana sowie Agrarmanagement an der Hochschule Weihenstephan in Triesdorf. Nach dem erfolgreichen Abschluss als »Master of Business Administration in Agriculture« in Triesdorf wurde sie am Leibnitz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomie(IAMO) zur Doktorin der Agrarwissenschaften promoviert.

Grafik 1: Ukrainische Exporte in die vom russischen Transitverbot betroffenen Länder (in Mio. US-Dollar)



* Werte für 2016 basieren auf eigener Hochrechnung; Quelle: s. Tabelle 1.

Tabelle 1: Ukrainische Exporte in die vom russischen Transitverbot betroffenen Länder, Mio. \$

	2011	2012	2013	2014	2015	2016**	Anteil am Gesamtexport 2015	Anteil am Gesamtexport 2016**	Veränderung 2015/2011	Veränderung 2015/2014
Russland	19.799	17.615	17.615	9.813	4.829	2.226	6,32%	9,80%	-75,61%	-50,80%
Kasachstan	1.858	2.460	2.120	1.075	714	268	0,93%	1,18%	-61,58%	-33,62%
Georgien	658	541	534	492	404	236	0,53%	1,04%	-38,66%	-17,98%
Aserbaidshjan	708	767	868	600	320	150	0,42%	0,66%	-54,83%	-46,65%
Usbekistan	354	436	352	309	174	90	0,23%	0,40%	-50,69%	-43,46%
Turkmenistan	242	528	395	434	170	83	0,22%	0,36%	-29,64%	-60,66%
Armenien	227	179	181	174	102	56	0,13%	0,25%	-55,27%	-41,58%
Kirgistan	111	127	135	103	76	28	0,10%	0,12%	-32,08%	-26,42%
Mongolei	45	45	46	38	28	17	0,04%	0,07%	-37,63%	-25,86%
Tadschikistan	60	101	61	47	30	15	0,04%	0,06%	-50,00%	-36,18%
Betroffene Länder Insgesamt	24.062	22.799	22.307	13.084	6.846	3.169	8,97%	13,95%	-71,55%	-47,68%
Ukrainischer Gesamtexport	68.333	68.730	63.275	54.044	38.127	22.721	100,00%	100,00%	-44,20%	-29,45%
Anteil der betroffenen Länder am Gesamtexport, %	34,88%	32,91%	34,97%	23,89%	17,96%	13,70%	-	-	-	-

** Januar–August

Anmerkung: China wird in dieser Tabelle nicht erfasst, da die meisten ukrainischen Exporte nach China über den Seeweg erfolgen und vom russischen Transitverbot nur die Lieferungen in das Autonome Gebiet Xinjiang betroffen sind.

Quelle: Staatlicher Finanzdienst der Ukraine, <<http://sfs.gov.ua/ms/fl>>

Eskalation des Konfliktes in der Ostukraine

Im Laufe des Sommers haben sich die Kampfhandlungen im Osten der Ukraine intensiviert. Die Waffenstillstandsverstöße und die Zahl der Verletzten und Toten nahmen Ausmaße an wie zuletzt im Sommer 2015. Der im Rahmen der Minsker Abkommen im September 2014 ausgehandelte und im Februar 2015 erneuerte Waffenstillstand bleibt also brüchig.

Die Arbeit der OSZE-Sonderbeobachtermission, die den Waffenstillstand überwachen soll, wird immer wieder behindert. Ihr wird der Zugang zu bestimmten Gebieten verwehrt, Treffen werden abgelehnt und Beobachter angegriffen.

Die permanenten Waffenstillstandsverstöße blockieren den gesamten Friedensprozess. So knüpft der ukrainische Präsident Petro Poroschenko zum Beispiel die Umsetzung der in Minsk vereinbarten Dezentralisierung der Ukraine an die Einhaltung des Waffenstillstands. In der zweiten Augushälfte spiegelte sich die Zuspitzung der Lage auch in Äußerungen Poroschenkos wider: Gegenüber einer Armeeeinheit in Lwiw verkündete er, dass eine russische Invasion nicht auszuschließen sei und die Ukraine imstande sei militärisch zu reagieren.

Nach wie vor beteiligt sich die internationale Diplomatie an der Suche nach einer Lösung des Konflikts. Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte seinem deutschen Amtskollegen Steinmeier am 15. August 2016 zu, er wolle die Separatisten der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk zur Kooperation im Sinne des Minsker Abkommens bewegen. Wenig später sagte er jedoch seine Teilnahme am Treffen der OSZE-Außenminister in Potsdam ab, wodurch es nicht zum geplanten informellen Treffen der Außenminister der am Minsker Prozess beteiligten Staaten kam.

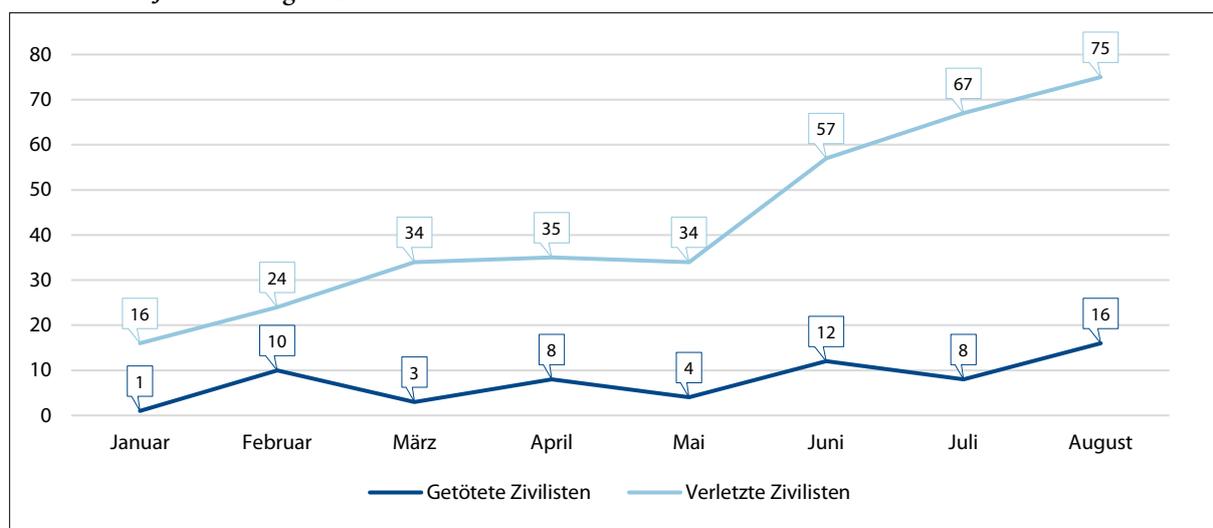
Ende August einigten sich die Konfliktparteien auf eine Erneuerung des Waffenstillstands ab dem 1. September, zum Beginn des neuen Schuljahres. Es kam zwar zu einem Rückgang der Kampfhandlungen, nicht jedoch zu einer tatsächlichen Feuerpause. Im Rahmen einer Ukrainereise Steinmeiers und des französischen Außenministers Jean-Marc Ayrault wurde Mitte September erneut, zunächst für eine Woche, ein Waffenstillstand ausgehandelt. Zum ersten Mal seit Monaten einigten sich die Konfliktparteien auch auf einen Gefangenenaustausch.

Die folgende Dokumentation gibt einen Überblick über die Eskalation des Konfliktes im Laufe des Sommers 2016.

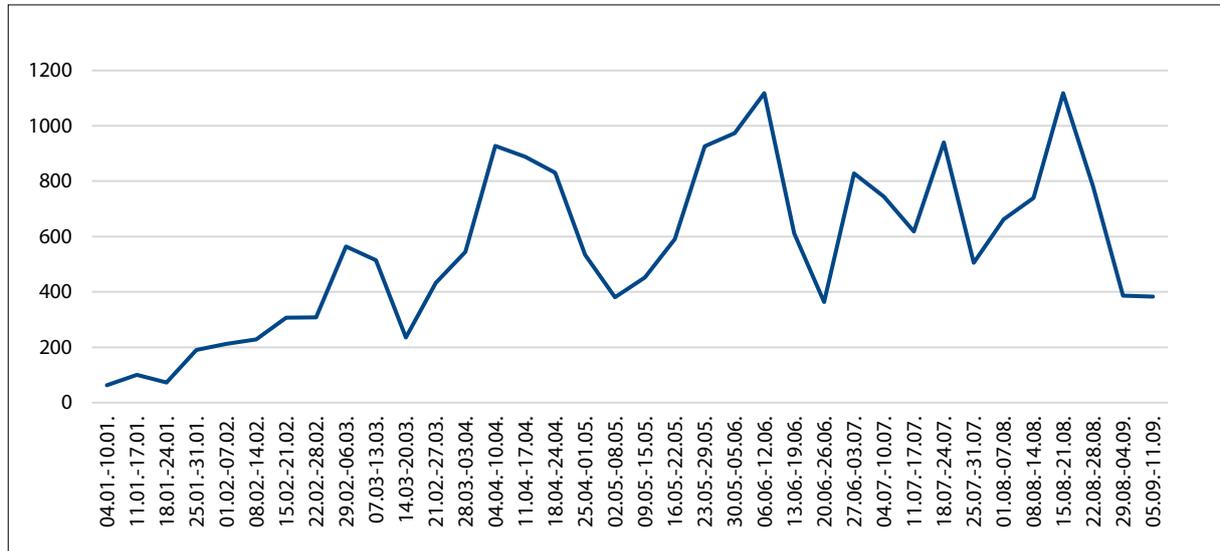
Tabea Pottiez

Ausmaß der Kampfhandlungen

Grafik 1: Anzahl der bei Kampfhandlungen in der Ostukraine getöteten und verletzten Zivilisten, Januar – August 2016

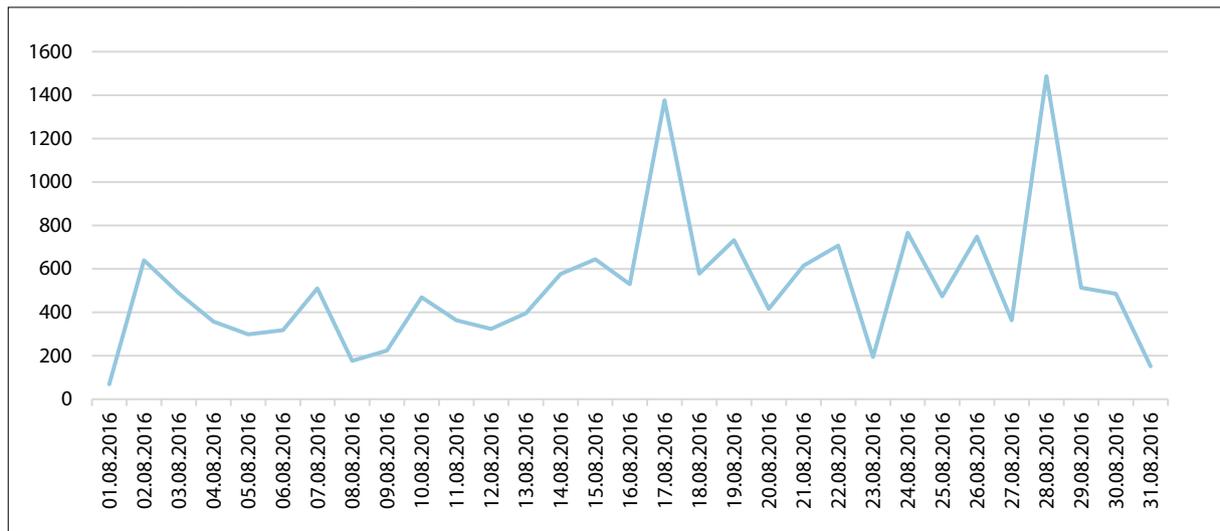


Quelle: Die Grafik wurde auf Basis konservativer Schätzungen des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) erstellt, nachzulesen unter: http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/humanitarian_bulletin_20160908_en.pdf.

Grafik 2: Wöchentliche Anzahl von Waffenstillstandsverstößen in der Ostukraine, Januar bis August 2016

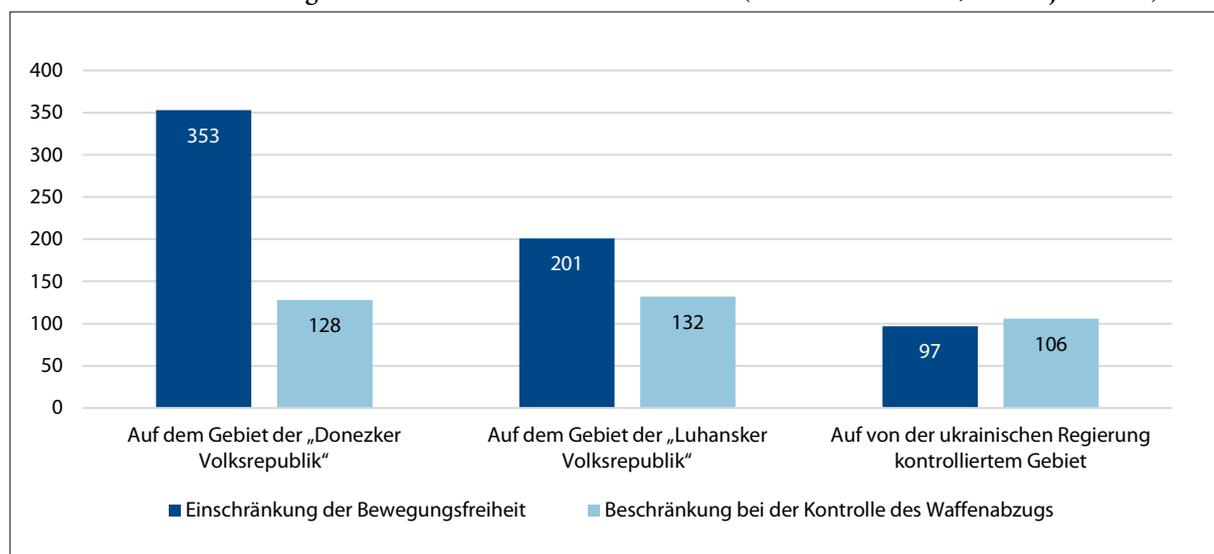
Anmerkung: Basis für die Zahlen sind die den Daily Reports der OSCE Special Monitoring Mission beigefügten Tabellen, welche die beobachteten Waffenstillstandsverstöße dokumentieren. Die BeobachterInnen überwachen nicht permanent das gesamte Konfliktgebiet. Teilweise wird ihnen der Zugang zu bestimmten Gebieten nicht gewährt. Außerdem können doppelte Erfassungen von Waffenstillstandsverstößen durch verschiedene Patrouillen nicht ausgeschlossen werden und es kann nicht immer eindeutig festgestellt werden, ob Geräusche tatsächlich auf Waffenstillstandsverstöße zurückzuführen sind oder auf Übungen. Dementsprechend kann diese Grafik lediglich einen Trend widerspiegeln. Weiter ist zu beachten, dass jeder beobachtete Verstoß sich in der Grafik unabhängig von seiner tatsächlichen Schwere gleichermaßen niederschlägt.

Quelle: Die Tabellen, auf denen die Grafik basiert, sind unter <http://www.osce.org/ukraine-smm/reports> abrufbar.

Grafik 3: Tägliche Anzahl von Explosionen in der Ostukraine im August 2016

Anmerkung: Für die Interpretation der Grafik 3 gelten die gleichen Einschränkungen wie im Fall von Grafik 2. Die Grafik zeigt allerdings anders als die Grafik 2 nicht alle Waffenstillstandsverstöße, sondern die von der OSZE-Sonderbeobachtermission dokumentierte Anzahl der Explosionen (»explosions« in Abgrenzung zu »bursts« und »shots«).

Quelle: Die Tabellen, auf denen die Grafik basiert, sind unter <http://www.osce.org/ukraine-smm/reports> abrufbar.

Grafik 4: Einschränkungen der OSZE Sonderbeobachtermission (Anzahl der Vorfälle, 1. Halbjahr 2016)

Quelle: OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine, *Thematic Report: Restrictions to SMM's freedom of movement and other impediments to fulfilment of its mandate. January to June 2016*, <<http://www.osce.org/ukraine-smm/261066>>

Auszüge aus dem Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte zur Lage der Menschenrechte in der Ukraine (Berichtszeitraum 16. Mai bis 15. August 2016)

“The military conduct of both Government forces and armed groups in recent months precipitated an escalation in hostilities in June and July, endangering civilians.”

“OHCHR has observed a notable increase in damage to critical civilian infrastructure, often with cross-line implications.”

“In some cases, Government forces and armed groups have used educational and health facilities for military purposes.”

“In total, from mid-April 2014 to 15 August 2016, OHCHR recorded 31,814 casualties in the conflict area in Donetsk and Luhansk regions in eastern Ukraine, among Ukrainian armed forces, civilians and members of the armed groups. This includes 9,578 people killed and 22,236 injured.”

“The number of civilians who died as a result of the secondary effects of violence, such as lack of access to food, water or medicine, is unknown.”

“The escalation in hostilities and drastic increase in civilian casualties between 16 May and 15 August demonstrates the urgent need for Government forces and armed groups to recognize and act to prevent harm to civilians.”

Quelle: <<http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Ukraine15thReport.pdf>>

Eskalation auf der Krim

Am 10. August 2016 beschuldigte Russland die Ukraine, Anschläge auf der Krim geplant zu haben, die erfolgreich vereitelt worden sein. Die folgende Chronik gibt einen Überblick über die Ereignisse. Anschließend werden internationale Reaktionen anhand von offiziellen Stellungnahmen dokumentiert.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Chronik

07.08.2016	Im Norden der Krim zieht Russland Militärtechnik und Soldaten zusammen. Zuvor war bereits der Verkehr zwischen dem ukrainischen Festland und der von Russland annektierten Halbinsel von russischer Seite unterbrochen und später partiell wieder aufgenommen worden.
09.08.2016	Russland schließt die Grenzübergänge auf der Krim für Personen und Fahrzeuge, die sich in Richtung des ukrainischen Festlandes bewegen. Die Einreise auf die Krim ist nur noch an einem Grenzübergang möglich. Am Folgetag wird der Grenzverkehr in beiden Richtungen wieder aufgenommen.
10.08.2016	Der russische Inlandsgeheimdienst FSB veröffentlicht eine Pressemitteilung, in der ukrainische Geheimdienste versuchter Anschläge auf Infrastruktur der Krim beschuldigt werden. Der russische Präsident Wladimir Putin beschuldigt die politische Führung der Ukraine, Terror einzusetzen, um die Situation auf der Krim zu destabilisieren. Weitere Gespräche im Normandie-Format zur Beilegung des Konflikts in der Ostukraine bezeichnet Putin unter diesen Umständen als unsinnig. Der ukrainische Generalstab nennt die Beschuldigungen von russischer Seite eine Provokation. Es habe weder Anschlagpläne noch Festnahmen von Mitarbeitern gegeben. Präsident Petro Poroschenko erklärt am Abend, die Anschuldigungen dienten dazu, der Ukraine zu drohen.
11.08.2016	Als Reaktion auf die Anschuldigungen Russlands, ukrainische Geheimdienste hätten Terroranschläge auf der Krim geplant, versetzt Präsident Petro Poroschenko die an der Grenze zur Krim stationierten Truppen in erhöhte Gefechtsbereitschaft.
11.08.2016	Ein Sprecher der EU-Vertretung in der Ukraine erklärt, es gebe bisher keine Bestätigung für die Beschuldigung Russlands, dass Gruppen ukrainischer Geheimdienstmitarbeiter auf die Krim eingedrungen seien und dort Anschläge vorbereitet hätten. Nach Darstellung des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB sind bei der Festnahme zweier solcher Gruppen auf der Krim am 07. und 08. August 2016 ein FSB-Angehöriger und ein russischer Soldat ums Leben gekommen.
12.08.2016	Das ukrainische Außenministerium fordert von Russland, der OSZE-Beobachtermission Zugang zur Halbinsel zu gewähren, um die dortige Situation zu überprüfen. In der Mitteilung wird außerdem Zugang zu den ukrainischen Staatsbürgern, die in den vergangenen Tagen auf der Krim verhaftet worden sind, eingefordert.
13.08.2016	Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini ruft Russland und die Ukraine dazu auf, den Konflikt um angebliche terrorverdächtige ukrainische Geheimdienstler auf der Krim nicht eskalieren zu lassen. Zuvor hatte sich bereits US-Vizepräsident Joe Biden mit dem Aufruf an Präsident Petro Poroschenko gewandt, eine Eskalation des Konflikts zu vermeiden.
18.08.2016	Bei einem Besuch einer Armeeeinheit in Lwiw erklärt Präsident Petro Poroschenko, man schließe eine offene Invasion russischer Streitkräfte nicht aus, sei aber imstande, auf einen solchen Angriff militärisch zu reagieren. Die Äußerung steht im Zusammenhang mit den kürzlich aufgetretenen Spannungen an der Grenze zur von Russland annektierten Halbinsel Krim und der zuletzt wieder angestiegenen Zahl von Schusswechseln im Donbass.
27.08.2016	Die Vertretung der EU in der Ukraine ruft Russland dazu auf, Ilma Umerow, den stellvertretenden Vorsitzenden des Medschlis der Krimtataren, umgehend freizulassen. Gegen Umerow war im Mai 2016 ein Verfahren eingeleitet worden. Ein russisches Gericht wirft ihm vor, im krimtatarischen Fernsehsender ATR zu Handlungen aufgerufen zu haben, die die territoriale Einheit der Russischen Föderation gefährden. Er befindet sich zurzeit – trotz seines stark verschlechterten Gesundheitszustandes – in einer psychiatrischen Anstalt. Dort soll im Auftrag des Gerichts ein Gutachten erstellt werden. Umerow wird am 07.09. aus der Psychiatrie entlassen.

Originaldokumente

Presseerklärung des russischen Geheimdienstes FSB vom 10. August 2016

Der Föderale Sicherheitsdienst der Russischen Föderation [FSB] hat die Durchführung von Terrorakten in der Republik Krim verhindert, die von der Zentralen Aufklärungsabteilung des Verteidigungsministeriums [GUR MO] der Ukraine vorbereitet wurden, und die sich gegen Objekte richteten, die als Elemente von kritischer Wichtigkeit für die Infrastruktur und Versorgung der Halbinsel gelten.

Ziel der Anschläge und Terrorakte war die Destabilisierung der sozio-politischen Lage der Region während der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen zu den föderalen und regionalen Machtorganen.

Im Ergebnis der ergriffenen operativ-ermittelnden Maßnahmen wurde in der Nacht vom 6. auf den 7. August 2016 im Bereich der Stadt Armjansk der Republik Krim eine Gruppe von Saboteuren enttarnt. Während der Verhaftung der Terroristen verstarb in Folge des Feuerkontaktes ein Mitglied des FSB Russlands. Am Ort der kämpferischen Auseinandersetzung wurden gefunden: 20 selbsterstellte Sprengsätze mit einer Gesamtsprengkraft von über 40 Kilogramm, Munition und spezielle Auslöser, reguläre Tret- und Magnetminen sowie Granaten und Spezialwaffen der bewaffneten Sondereinheiten der Streitkräfte der Ukraine.

Durch die auf dem Gebiet der Halbinsel Krim ergriffenen Maßnahmen wurde ein Agentennetzwerk der Zentralen Aufklärungsabteilung des Verteidigungsministeriums der Ukraine liquidiert. Es wurden Personen mit ukrainischer und russischer Staatsbürgerschaft verhaftet, die Beihilfe zur Vorbereitung von Terrorakten geleistet haben und die Geständnisse abgelegt haben. Einer der Organisatoren der geplanten Terrorakte ist Jewgenij Aleksandrowitsch Panow, geboren 1977, aus der Region Zaporozhja, Mitarbeiter der GUR MO der Ukraine, der ebenfalls verhaftet wurde und ein Geständnis abgelegt hat.

In der Nacht zum 8. August 2016 wurden von Sondereinheiten des Verteidigungsministeriums der Ukraine zwei weitere Versuche unternommen Sabotage-Terror-Gruppen [auf die Krim] durchbrechen zu lassen, welche von bewaffneten Einheiten des FSB Russlands und kooperierender Organisationen unterbunden wurden. Der versuchte Durchbruch wurde von massivem Beschuss von Seiten des benachbarten Staates und mit Panzerwaffen der Streitkräfte der Ukraine gedeckt. Im Verlauf des Feuerkontaktes starb ein Wehrdienstleistender des MO RF [Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation].

Auf Grundlage der Ergebnisse der operativ-ermittelnden und der Kampfmaßnahmen ist von der Ermittlungsabteilung des UFSB Russlands für die Republik Krim und die Stadt Sewastopol ein Strafverfahren eingeleitet worden. Weitere operative Maßnahmen und Ermittlungstätigkeiten werden durchgeführt.

Zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen sind an Orten mit großem Menschenaufkommen und Erholungsgebieten ergriffen worden, ebenso wie für die Sicherung von Objekten von kritischer Wichtigkeit für die Infrastruktur und Versorgung. Das Grenzregime an der Grenze zur Ukraine ist verschärft worden.

Inoffizielle Übersetzung aus dem Russischen

Quelle: Internetseite des russischen Geheimdienstes FSB, <http://www.fsb.ru/fsb/press/message/single.htm%21_print%3Dtrue%26id%3D10437869%40fsbMessage.html>

Stellungnahme des russischen Präsidenten Wladimir Putin vom 10. August 2016

Joint news conference with President of Armenia Serzh Sargsyan

[...]

Question: I have a question on settlement too, though on a somewhat different subject.

Foreign Minister Sergei Lavrov spoke in Baku of the possibility of a Normandy format meeting taking place on the sidelines of the G20 in China. Mr President, what is the likelihood of such a meeting taking place, particularly when, as reports say, the Russian intelligence services have just prevented the Ukrainian intelligence services from carrying out terrorist attacks on Crimean soil?

Vladimir Putin: Yes, these are very worrying reports. Indeed, our intelligence services prevented a sabotage and reconnaissance group from the Ukrainian Defence Ministry from infiltrating Crimean territory. In this situation, a Normandy format meeting would not make much sense right now, all the more so in China.

Judging by the situation, those who seized power in Kiev back then and still hold it now are not seeking the sort of compromise solutions I spoke of with regard to the Nagorno-Karabakh settlement process, and instead of working towards a peaceful solution have decided to turn to terror.

This brings to mind the attempt on the life of the head of the Lugansk People's Republic, which seems to fit into this same context. And now we have this attempt to infiltrate Crimea. I think that the media have already reported that Russia has casualties and lost two military servicemen in this incident. We cannot ignore such matters, of course.

However, I would like to appeal to our American and European partners too. I think it is now clear to all that the authorities in Kiev today are not looking for a solution to the problem through negotiations, but are resorting to terror. This is a very worrying development.

What we have seen just now in Crimea looks like a foolish and criminal action. It is foolish because you cannot have a positive impact on the people in Crimea in this manner, and it is criminal because people have lost their lives.

However, I think that the situation is actually even more worrying because acts such as this have no sense other than to divert the people in Ukraine itself from the lamentable economic situation and the serious difficulties in which many people there live today.

This attempt to provoke a flare-up of violence and spark a conflict is nothing other than a desire to divert public opinion at home from those who seized power in Kiev and who continue to hold it and to rob their own people in order to remain in power as long as they can and create conditions for continuing to rob their people. This was an act committed using low and base means, and it is a very dangerous game.

We will do everything we can, of course, to ensure security at infrastructure facilities and protect people, and we will take additional security measures, serious additional measures, technical and others.

Most important of all, those who support the current authorities in Kiev must decide just what they want. Do they want their clients to continue carrying out provocations of this kind, or do they want to genuinely reach a peaceful settlement? If they do want this, and I very much hope they do, it is time to finally take some real steps to put the needed pressure on the current authorities in Kiev.

Quelle: <<http://www.en.kremlin.ru/events/president/news/52684>>

Stellungnahme des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko vom 10. August 2016

Comment of President: Russia's accusing Ukraine of terrorism in occupied Crimea is absurd and cynical. Russian accusations that Ukraine launched terror attacks in the occupied Crimea are equally cynical and insane as its claims there is no Russian troops in eastern Ukraine.

These fantasies pursue the only goal: a pretext for more military threats against Ukraine.

Ukraine resolutely condemns terrorism in all its forms and shapes. We would never ever use terror to de-occupy Crimea.

Russia provides money and arms to support terrorism in Ukraine. It became a state-led policy on the occupied areas of Crimea and eastern Ukraine that resembles the Soviet Great Terror.

Russia will fail to undermine Ukraine's reputation on the international arena and press for lifting sanctions with such provocative acts.

I urge Russian authorities to honor the international law, especially respect the sovereignty, territorial integrity of states and human rights.

I expect Russia will implement security clauses of Minsk accords including via Normandy Four procedures.

Ukraine is devoted to restore its sovereignty and territorial integrity exclusively through political and diplomatic means. That includes de-occupation of Crimea.

Quelle: <<http://www.president.gov.ua/en/news/zvinuvachennya-rosijskoyu-storonoyu-ukrayini-u-terorizmi-v-o-37845>>

Bericht der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine vom 10. August 2016

The SMM continued to monitor the **situation at three crossing points at the administrative boundary line** between the mainland and Crimea. The SMM observed that all three crossing points at Kalanchak, Chaplynka and Chonhar (67km, 72km and 167km south-east of Kherson, respectively) were open on 10 August. At Kalanchak, at 12:15hrs on 10 August the SMM observed slow moving traffic crossing in both directions. The driver of one car told the SMM that he had been waiting about 13 hours to cross to Crimea. The border guard commander at Kalanchak told the SMM that the Crimean side was opened for traffic at 04:30 closed at 08:00 and was reopened at 11:20 on 10 August. The SMM observed minimal traffic at Chaplynka, where the border guard commander said that the Crimean side had opened at 07:00 on 10 August. Travellers that had crossed from Crimea told the SMM that their vehicles had been checked thoroughly on the Crimean side of the Kalanchak and Chaplynka crossing points. At Chonhar on the afternoon of 10 August the SMM observed—in the space of an hour—eleven vehicles crossing to Crimea and seven

in the opposite direction. The SMM visited the Ukrainian border guard position close to the administrative boundary line at Cape Kutara (125km south-east of Kherson) and found the situation calm without indications of increased alert. None of the SMM's interlocutors could confirm media reports of security incidents involving shooting or military activities in the vicinity of the administrative boundary line.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/258976>>

Stellungnahme der Menschenrechtsgruppe Charkiw (verfasst von Halya Coynash) vom 12. August 2016 **'Saboteur' or tortured victim of Russia's 'Ukrainian state terrorism' hysteria shown on TV**

[Auszüge]

The threatened Russian 'response' to alleged 'attacks' by Ukraine on Russian-occupied Crimea has not included answers to very basic questions, with the Russians supposedly killed remaining unnamed, together with almost all the alleged 'saboteurs'. The OSCE monitoring mission has confirmed that they are unaware of any hard evidence for such attacks. This is hardly surprising, since none at all has been provided. Specific answers are urgently required, because of the uses Russia is already making of its supposed anti-terrorist alert and because once again the entire 'story' is being substantiated by one imprisoned Ukrainian—Yevhen Panov—whose relatives assert he was abducted, and who looks as though he has been beaten. In a format Russia has used since 2014, Panov has now 'confessed' on state-controlled Russian TV.

In another typical development now unfolding, the heavily armed men purportedly searching for 'terrorists' have stopped and detained Crimean Tatar activists heading for the trial of Crimean Tatar leader Akhtem Chygoz. If, as per Russia's narrative, it is looking for 'saboteurs' and 'terrorists', why was a group of Crimean Tatars detained, with the home of at least one of them, Refat Mazalov, now being searched? Information at present is limited, in part due to a crackdown on information sources which preceded the alleged 'attacks', but a new wave of armed searches and arrests had seemed likely from the outset.

On Thursday a video produced by the FSB was shown widely on state-controlled Russian media. Panov is seen 'confessing' to working for Ukrainian military intelligence.

[...]

One of the key messages intended from the interrogation is clearly that the operation was organized by Ukraine's military intelligence and that most of the members were HUR officers.

The only other video footage provided is of weapons allegedly found, which could be from anywhere.

The Russian Foreign Ministry later named a second person detained as Andrei Romanovich Zakhrei, and asserted that he too had 'confessed'. Google searches suggest that this may be a Russian national from Yevpatoria, but effectively nothing more is known.

All of which seems remarkably poor for 3–4 days of intensive investigation, and such a large number of alleged 'saboteurs'. The FSB, which certainly monitors social networks, might have profitably spent its time checking for reports that give the lie to its 'Ukrainian attack' story. An Aug 8 post, for example, from Edward Zhuravlev, an adviser to Sergei Menyailo, formerly the de facto governor of Sevastopol, does not question that shooting took place, but suggests that it was caused by drunken Russian soldiers.

[...]

It is a depressingly easy card to play while Russia occupies Crimea and continues refusing to following generally accepted rules.

There is no evidence of the attacks alleged, but a man can be shown confessing on state television. This format was first used back in late May 2014, following the arrests and torture of Ukrainian filmmaker Oleg Sentsov, civic activist Oleksandr Kolchenko and two other Ukrainians who opposed Russia's annexation of Crimea. The FSB made equally grandiose allegations which were then repeated as 'confessions' by the other two men arrested and broadcast by pro-Kremlin media. Most of the alleged terrorist acts had been shelved by the [time of the] trial of Sentsov and Kolchenko and no evidence was provided. Despite that, and the fact that Gennady Afanasyev stood up in court and clearly retracted all testimony as having been tortured out of him, Sentsov was sentenced to 20 years, Kolchenko to 10.

It is now two years since Serhiy Lytvynov was abducted and tortured into 'confessing' to hideous war crimes that never happened. He remains in Russian captivity despite the fact that Russia was forced to withdraw the charges after they were proven to be fictitious. Most of the Ukrainian prisoners still held in Russia are believed to have been subjected to the same torture.

The West has noticed those cases, but largely ignores the ever increasing number of Ukrainians in Crimea detained or convicted on extraordinary charges. These include Oleksandr Kostenko and Andriy Kolomiyets who were both con-

victed of unproven events in Kyiv during Euromaidan. The same contempt for fundamental principles of jurisdiction is seen in the ongoing trials of Crimean Tatar leader Akhtem Chiygoz and other Crimean Tatars over a pre-annexation demonstration. The list is large, and getting bigger.

It now includes Yevhen Panov who has been remanded in custody for 2 months, with this sure to be constantly extended. Russia began using 'terrorism' charges against opponents of annexation in May 2016 and this will only escalate while the cynical format for repression remains unchallenged.

Quelle: <<http://khpg.org.index.php?id=1470967763>>

Stellungnahme des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier vom 14. August 2016

Pressemitteilung

Außenminister Steinmeier sagte der Welt am Sonntag (14.08.) zu den jüngsten Spannungen zwischen der Ukraine und Russland:

Die jüngste Zuspitzung auf der Krim muss uns besorgt machen. Niemand kann in der ohnehin schwierigen Situation ein Interesse an einer weiteren Eskalation haben.

Wir erwarten von allen Seiten, dass sie alle Schritte unterlassen, die zu einer weiteren Verschärfung der Lage führen könnten. Wir erwarten zudem, dass die Vorgänge objektiv nachprüfbar aufgeklärt werden. In diesem Sinn stehen wir sowohl mit der Ukraine wie auch mit Russland in Kontakt. Selbstverständlich werde ich darüber bei einem Besuch in Jekaterinburg am kommenden Montag auch mit dem russischen Außenminister sprechen.

Gleichzeitig sind beide Seiten aufgerufen, weiter an der Umsetzung von Minsk zu arbeiten. Die Bilanz kann niemanden zufrieden stellen. Hier stecken wir fest. Seit Wochen arbeiten wir nun an einem Rahmenabkommen zur Entflechtung der beiden Konfliktparteien. Ein Abschluss ist bisher an der Kompromisslosigkeit beider Seiten gescheitert. Trotz intensiver Bemühungen gibt es weder bei der Frage der Verbesserung der Sicherheitslage in der Ostukraine noch bei der notwendigen Einigung auf Lokalwahlen greifbare Fortschritte.

Gemeinsam mit Frankreich arbeiten wir trotz dieser sehr schwierigen Lage weiter daran, die vor allem für die Menschen in der Ukraine so bitter notwendigen Fortschritte bei der Umsetzung des Minsker Abkommens zu erreichen.

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2016/160814_AM_Ukraine.html>

Meinungsumfrage auf der Krim

Das Konsortium »Offene Meinung« (im russischen Original: Otkrytoe Mnenie), ein Zusammenschluss kleinerer russischer Meinungsforschungsinstitute, versucht durch die freizugängliche, kritische Analyse von Meinungsumfragen zu einer methodischen Diskussion und einer Qualitätsverbesserung beizutragen. Das Konsortium hat so u. a. die Wahlbefragungen der drei großen russischen Meinungsforschungsinstitute zu den Moskauer Bürgermeisterwahlen verglichen.

Das neueste Projekt ist eine Meinungsumfrage unter den »verschärften« Bedingungen der von Russland annektierten Krim. Wir veröffentlichen hier die in unserem Auftrag übersetzte Zusammenfassung der Ergebnisse aus der Presseerklärung Nr. 4 des Projektes. Das russische Original ist im Internet zugänglich unter http://openopinion.ru/materials/otkrytoe_mnenie-_krym/otkrytoe_mnenie_-_krym_informaciya_dlya_pressy.html

Ergänzend zeigt der auf den Text folgenden Datenteil ausgewählte Umfrageergebnisse, die der Dokumentation der Ergebnisse entnommen wurden, die ebenfalls im russischen Original im Internet frei zugänglich ist: http://openopinion.ru/materials/otkrytoe_mnenie-_krym/otkrytoe_mnenie_-_krym_rezultaty_issledovaniya.html

Eine unabhängige Überprüfung der Antworten in konkreten Umfrageprojekten ist natürlich grundsätzlich nicht möglich. Ebenso ist nicht zu klären, inwieweit die Befragten in der Umfrage ehrlich antworten oder die für erwünscht gehaltene Antwort geben. In einer vom unabhängigen Lewada-Zentrum russlandweit durchgeführten Umfrage erklärte Ende 2015 ein Viertel der Befragten, dass sie Angst hätte in soziologischen Umfragen ihre Meinung zur aktuellen Lage zu äußern. Sogar die Hälfte ging davon aus, dass die Mehrheit der russischen Bevölkerung aus Furcht vor negativen Folgen ungerne ihre eigene Meinung sagt. (Quelle: <http://www.levada.ru/2016/01/22/kazhdyy-chetvertj-boitsya-delitsya-mneniem-s-sotsiologom/>)

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Presseerklärung Nr. 4: Die unabhängige soziologische Studie »Die offene Meinung – Krim« wurde abgeschlossen (20.07.2016)

Das soziologische Konsortium »Die offene Meinung« hat einen kurzen analytischen Bericht über die Ergebnisse der unabhängigen soziologischen Studie »Die offene Meinung – Krim« erstellt und frei zugänglich veröffentlicht. [...]

Die Studie basiert auf einer kombinierten (telefonischen und persönlichen) Befragung der Bevölkerung der Halbinsel auf Grundlage einer repräsentativen Stichprobe von 1.100 Personen (Repräsentation nach Geschlecht, Alter, Nationalität, Wohnort und Größe des Wohnortes). Die Umfrage wurde vom 9. bis 18. Juni 2016 von fünf unabhängigen Forschungszentren (vier aus Russlands und eins aus Belarus) durchgeführt.

Zu den meisten Studien, die in den vergangenen zwei Jahren auf der Krim durchgeführt wurden, sind weder die Erhebungsmethoden noch die Ergebnisse veröffentlicht worden. Unter anderem auch aus diesem Grund wurden die präsentierten Daten fast immer in Frage gestellt und kritisiert, unabhängig von den unterschiedlichen Urhebern, Methoden und Themen der Studien. Die Kritik an den Projekten bezog sich in erster Linie auf eine zentrale These: »die korrekte Untersuchung eines sich permanent im Wandel befindenden Sozialobjektes ist unmöglich«. Das soziologische Konsortium »Die offene Meinung« hat diese Position als eine professionelle Herausforderung betrachtet: »Wir halten es für prinzipiell möglich und äußerst wichtig die öffentliche Meinung der Bevölkerung der Halbinsel auch in einer schwierigen geopolitischen Lage zu studieren«. Zur Bewältigung dieser Aufgabe wurde eine offene unabhängige soziologische Erhebung durchgeführt, deren Forschungsmethoden und Ergebnisse auf der Internetseite des Konsortiums OpenOpinion.ru frei verfügbar sind.

Der veröffentlichte Bericht ist eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Umfrage »Die offene Meinung – Krim« zu den folgenden Themen, die den Gegenstand der Studie darstellten:

- Allgemeines soziales Wohlbefinden und Selbsteinschätzung der eigenen materiellen Lage;
- Aktuelle soziale Problematik;
- Beurteilung der Veränderungen auf der Halbinsel, die in den letzten zwei Jahren stattgefunden haben;
- Zufriedenheit mit der Lage auf der Krim, in Russland und in der Ukraine;
- Informationsnutzung und wichtigste Informationsquellen;
- Territorial-bürgerliche Identität;
- Migrationsabsichten;
- Einstellung zum Referendum von 2014, Einstellung zur Eingliederung der Krim in die Russische Föderation;
- Eigene Wahlbeteiligung;

- Sozio-demographische Merkmale, wie Bildung, sozialer Status, Beschäftigung, Einkommensquellen, Lebensdauer auf der Krim.

Die wichtigsten Untersuchungsergebnisse:

1. Heute befindet sich die Bevölkerung der Republik Krim in einem Transformationsprozess ihrer bürgerlichen Identität: ihre Selbstwahrnehmung (einschließlich der bürgerlichen, territorialen und nationalen) befindet sich in einem Wandel, der bei einer Änderung der staatlicher Zugehörigkeit unvermeidlich ist. So sind deutliche Unterschiede in der territorialen Identität zwischen der Bevölkerung der Krim und den Russen allgemein festzuhalten. Auf der Halbinsel ist die regionale Komponente viel ausgeprägter (»Ich bin ein Einwohner meiner Region, der Krim«). Die Identifikation mit dem Land (»Ich bin ein Einwohner Russlands«) ist sowohl auf der Krim als auch in der ganzen Russischen Föderation die häufigste, aber als Anteil an der Gesamtbevölkerung erreicht sie auf der Krim nicht einmal die Hälfte, im Gegensatz zu Russland insgesamt.
2. Nach der Eingliederung der Krim nach Russland haben sich Migrationsprozesse intensiviert. In den letzten zwei Jahren ist ein Teil der Bevölkerung weggegangen, und ein erheblicher Teil ist zugezogen. Nach den Umfrageergebnissen ist in den kommenden Jahren keine Abschwächung der Migration zu erwarten. Dabei bleibt die nationale Struktur der Bevölkerung der Krim bisher stabil (mit Ausnahme einer gewissen Abnahme des Anteils der Bürger, die sich als »Ukrainer« bezeichnen).
3. Die Indikatoren der sozialen Zufriedenheit der Bürger der Krim wie Zufriedenheit mit dem derzeitigen Leben und Selbsteinschätzung der materiellen Lage sind im Vergleich zur russischen Bevölkerung insgesamt gekennzeichnet durch einen höheren Anteil an positiven Bewertungen. Dies kann sowohl mit objektiven positiven Veränderungen im Leben der Krimbewohner als auch mit dem psychologischen Effekt der Eingliederung in die Russische Föderation verbunden sein.
4. Die Wahrnehmung aktueller sozialer Probleme durch die Bevölkerung [der Krim] ist typisch für russische Regionen: zu den akuten Problemen zählen der Lebensstandard (niedrige Löhne und hohe Preise), schlechte Straßen, die Kommunalwirtschaft (schlechte Qualität und hohe Tarife), die medizinische Versorgung und Korruption. Ein großer Teil der Probleme, die mit dem neuen Status der Krim verbunden sind – wie der Abbruch der Beziehungen zur Ukraine, Zuwanderung neuer Einwohner, fehlender Wunsch eines Teils der Krim-Bevölkerung in Russland zu leben, Lebensmittelblockade seitens der Ukraine, Schwierigkeiten mit den Reisen ins Ausland – stehen im unteren Teil der Rangliste der sozialen Probleme der Halbinsel. Man kann nicht sagen, dass sich nur ein kleiner Teil der Bevölkerung diesbezüglich Sorgen macht, aber diese Probleme sind eindeutig nicht »ganz vorne« und sind in ihrer Bedeutung nicht vergleichbar mit den sozio-ökonomischen Problemen, die auch für viele andere russische Regionen typisch sind.
5. Beim Medienkonsum, insbesondere bezüglich der Informationsquellen, unterscheidet sich die Bevölkerung der Krim kaum von der russischen Bevölkerung insgesamt. Hauptinformationsquelle über Ereignisse im Land und in der Welt ist, wie auch im gesamten Russland, das Fernsehen. Der Anteil der Internetnutzer ist auch gleich. Eine Besonderheit ist der relativ verbreitete Konsum von Nachrichtensendungen ukrainischer Fernsehkanäle, obwohl eine offizielle Übertragung ukrainischer Fernsehsender nicht gegeben ist. Der wesentliche Unterschied zu den gesamt-russischen Indikatoren besteht darin, dass auf der Krim »Gespräche mit Verwandten, Freunden, Kollegen und Bekannten« auf dem zweiten Platz der Rangliste der Informationsquellen landeten. Dies kann durch die Tatsache erklärt werden, dass aufgrund der vielfältigen und widersprüchlichen Informationen, die aus Russland und aus der Ukraine auf die Krim gelangen, die Krimbewohner vermehrt Informationen von Bezugspersonen vertrauen und das Bedürfnis haben, Informationen aus verschiedenen Quellen zu diskutieren. Die zwischenmenschliche Kommunikation ist eine zentrale Plattform für die Entwicklung der öffentlichen Stimmungen.
6. Zwei Jahren nach dem Referendum über die Eingliederung der Krim nach Russland konnten bei der Krimbevölkerung keine bedeutenden Veränderungen der Stimmung bezüglich der zentralen geopolitischen Frage über die Selbstbestimmung festgestellt werden. Die Befragten befürworteten überwiegend die Wahl der Krimbevölkerung von 2014. Diese Wahrnehmung wird in vielerlei Hinsicht durch die negativen Einschätzungen der Lage in der Ukraine verstärkt, was die Eingliederung in die Russische Föderation in den Augen der Befragten umso mehr rechtfertigt. Darüber hinaus bestätigt das im Vergleich zur russischen Bevölkerung insgesamt deutliche höhere Niveau der Beteiligung am staatlich-politischen System Russlands (ausgedrückt insbesondere in der Absicht eines erheblichen Teils der Bevölkerung der Krim an den kommenden Wahlen zum russischer Parlament teil zu nehmen) die Schlussfolgerung, dass die Krimbewohner zu ihrer staatspolitischen Wahl von 2014 stehen.
7. Eine deutlich kritischere Haltung gegenüber der aktuellen Lage und den in den letzten zwei Jahren stattgefundenen Veränderungen wurde in einer sozialen Gruppe festgestellt, die durch ihre nationale Zuordnung, nämlich zur

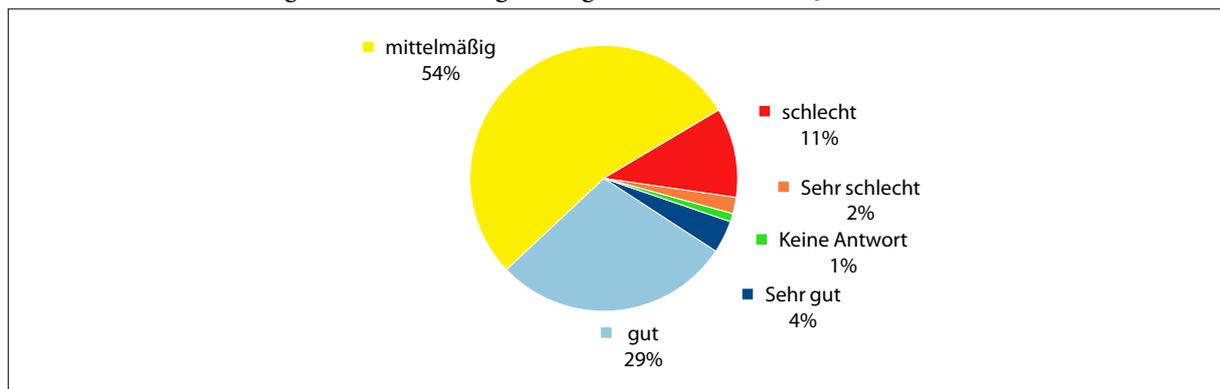
Gruppe der Krimtataren, bestimmt ist. Diese Gruppe als solche ist nicht homogen, aber negative Einstellungen sind viel weiter verbreitet als in anderen Gruppen. Etwa die Hälfte der befragten Krimtataren (d. h. ca. 6% der gesamten Bevölkerung der Halbinsel Krim) ist heute mit den laufenden Veränderungen sehr unzufrieden. Allerdings wurde kein Einfluss dieser Gruppe auf die Gesamtbevölkerung festgestellt, und die Probleme der internationalen Beziehungen werden von der Bevölkerung nicht als besonders relevant betrachtet.

8. Die soziologische Studie »Die offene Meinung – Krim« hat gezeigt, dass die Bedenken bezüglich der »Zurückhaltung« der Krimbewohner bei der Teilnahme an Umfragen und der Offenlegung der eigenen Ansichten zu den Alltagsproblemen auf der Halbinsel deutlich übertrieben sind. Die Bereitschaft der Bevölkerung auf die Fragen der Soziologen zu antworten (»Kooperationskoeffizient«) war anderthalb Mal höher als dies bei landesweiten Telefonumfragen üblich ist. Trotz der im Rahmen der Umfrage gestellten ziemlich sensiblen Fragen (über das Referendum, Korruption, Nationalität und ähnliche Probleme) hat nur ein geringer Anteil der Befragten angegeben, einige Fragen aus dem Fragebogen nicht beantworten zu wollen. Damit kann festgehalten werden, dass die Durchführung von soziologischen Studien auf der Krim im Kontext des geopolitischen Wandels selbstverständlich möglich ist und bei der Anwendung der richtigen Methoden sogar durchaus zuverlässige Ergebnisse liefern kann.

Übersetzung aus dem Russischen: Lina Pleines

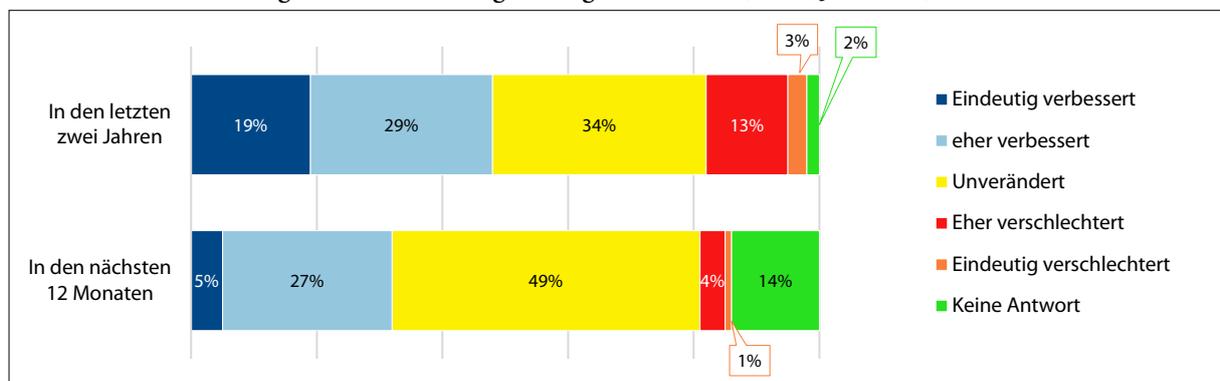
Ausgewählte Umfrageergebnisse

Grafik 1: Einschätzung der materiellen Lage der eigenen Familie (Krim, Juni 2016)



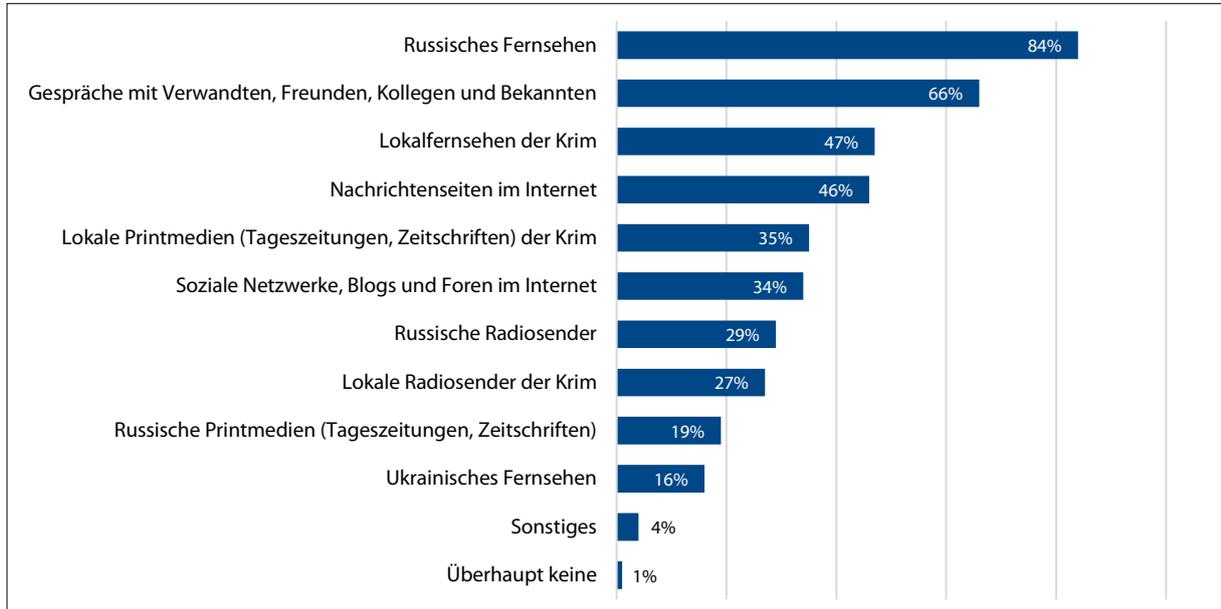
Quelle: Umfrage »Otkrytoe Mnenie – Krym«, <http://openopinion.ru/materials/otkrytoe_mnenie-_krym/otkrytoe_mnenie_-_krym_rezultaty_issledovaniya.html>

Grafik 2: Veränderung der materiellen Lage der eigenen Familie (Krim, Juni 2016)



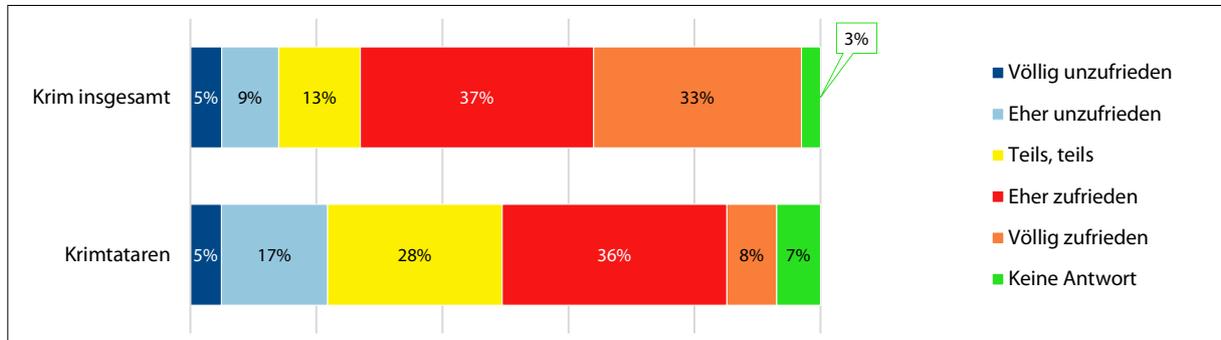
Quelle: Umfrage »Otkrytoe Mnenie – Krym«, <http://openopinion.ru/materials/otkrytoe_mnenie-_krym/otkrytoe_mnenie_-_krym_rezultaty_issledovaniya.html>

Grafik 3: Informationsquellen zu Ereignissen im Land und in der Welt (Krim, Juni 2016)



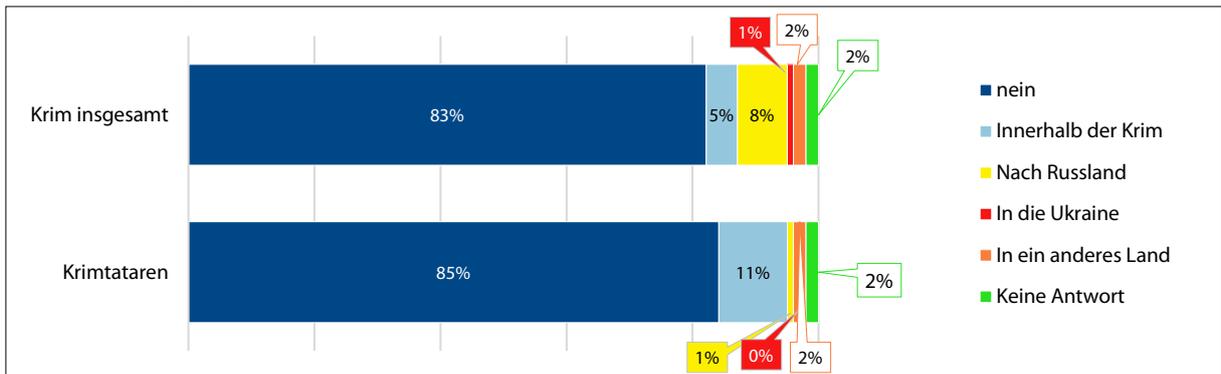
Quelle: Umfrage »Otkrytoe Mnenie – Krym«, <http://openopinion.ru/materials/otkrytoe_mnenie_-_krym/otkrytoe_mnenie_-_krym_rezultaty_issledovaniya.html>

Grafik 4: Allgemeine Zufriedenheit mit der Lage auf der Krim (Krim, Juni 2016)



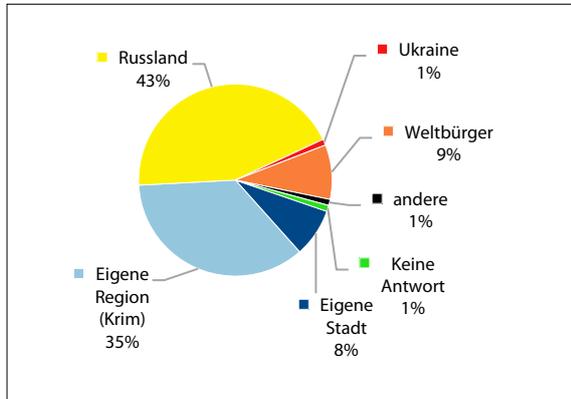
Quelle: Umfrage »Otkrytoe Mnenie – Krym«, <http://openopinion.ru/materials/otkrytoe_mnenie_-_krym/otkrytoe_mnenie_-_krym_rezultaty_issledovaniya.html>

Grafik 5: Migrationswunsch (Krim, Juni 2016)

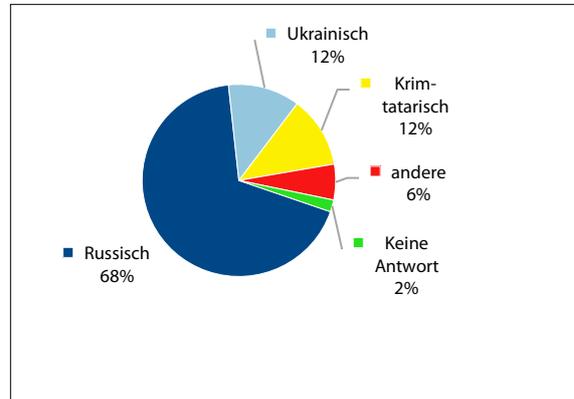


Quelle: Umfrage »Otkrytoe Mnenie – Krym«, <http://openopinion.ru/materials/otkrytoe_mnenie_-_krym/otkrytoe_mnenie_-_krym_rezultaty_issledovaniya.html>

Grafik 6: Primäre Selbstidentifikation (Krim, Juni 2016)

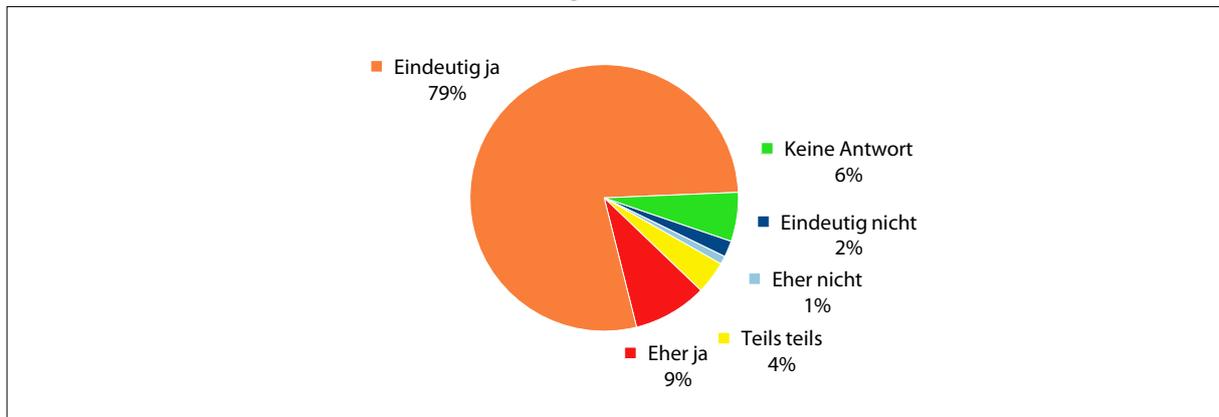


Grafik 7: Nationalität (Krim, Juni 2016)



Quelle: Umfrage »Otkrytoe Mnenie – Krym«, <http://openopinion.ru/materials/otkrytoe_mnenie-_krym/otkrytoe_mnenie_-_krym_rezultaty_issledovaniya.html>

Grafik 8: Unterstützen Sie heute die Entscheidung des Referendums vor zwei Jahren? (Krim, Juni 2016)



Quelle: Umfrage »Otkrytoe Mnenie – Krym«, <http://openopinion.ru/materials/otkrytoe_mnenie-_krym/otkrytoe_mnenie_-_krym_rezultaty_issledovaniya.html>

Bericht des internationalen Ermittlerteams (28.9.2016) zum Abschuss des malaysischen Passagierflugzeugs MH17 über der Ostukraine am 17.7.2014

JIT: Flight MH17 was shot down by a BUK missile from a farmland near Pervomaiskyi

28 september 2016—Landelijk Parket

The Joint Investigation Team (JIT) is convinced of having obtained irrefutable evidence to establish that on 17 July 2014, flight MH-17 was shot down by a BUK missile from the 9M38-series. According to the JIT there is also evidence identifying the launch location that involves an agricultural field near Pervomaiskyi which, *at* the time, was controlled by pro-Russian fighters. This was announced today by the JIT during a presentation for the relatives of the victims. Members of the JIT, Australia, Belgium, Malaysia, the Netherlands and Ukraine, are working together on the criminal investigation into the crash of flight MH17.

Today, the interim results of the criminal investigation which included the findings regarding the weapon and launch location were presented. The investigation into those responsible for the crash will take more time.

Scenarios

All forensic examinations, witness statements, telecom information, satellite images, radar data, findings by experts and other supporting evidence point to an attack by a ground based air defence system. In addition, the JIT has also investigated other alternative scenarios.

Of these alternative scenarios, an accident and evidence for a terrorist attack from inside the aircraft have been ruled out. Results from the forensic investigation support the scenario of an attack from outside the aircraft. The scenario that flight MH17 was shot down by a military aircraft was explored and discounted on the basis of radar data, witness testimonies and forensic research. The JIT has obtained sufficient radar data, both from Russia and Ukraine, which—when viewed in conjunction—provide a full picture of the airspace over eastern Ukraine. This shows that *at* the time of the crash, no other airplanes were in the vicinity that could have shot down flight MH17.

The Russian Federation mentioned last week that they have found ‘new’ primary radar images. Based on those images the Russian Federation concludes also that there was no second airplane that could have shot down MH17.

Weapon

The investigation demonstrated that flight MH17 was shot down by a 9M38 series BUK missile. Investigators have compared parts of the alleged weapon which were found at the crash site with reference material. This involved the dismantling of various types of BUK missiles from the 9M38 series and comparing this reference material with the metal parts recovered from the crash site.

Forensic investigation

The investigation team had to establish a link between the parts found and the downing of flight MH17. It had to be proven that the parts had not been in the area prior to the crash, and that they had not been placed there by third parties after the crash. The crash site was not fenced off for the purpose of forensic examination. It was clear that persons other than the investigators had access to the crash site.

Two examples of the link were presented:

- During the autopsy of the bodies of the cockpit crew, several fragments were found that belonged to the warhead of a 9M38 series BUK missile. One of these fragments found showed traces of cockpit glass on the surface, which was the same unique type of glass that is used for the a Boeing 777. It was determined that the fragment pierced the aircraft from the outside through the cockpit window.
- In the frame of one of the cockpit windows a metal piece was found which was identified as a part of a 9M38 series BUK missile. This piece was located in a twisted position in the frame, making it clear that it was shot into the window frame with great force.

Transport of the missile installation

The JIT has been able to identify a large part of the route concerning the arrival and the departure of the BUK-TELAR. This was the result of intercepted telephone conversations, witness statements, photographs and videos that had been

posted on social media, and a video never shown before which was obtained from a witness. The system was transported from Russian territory into eastern Ukraine and was later transported on a white Volvo truck with a low-boy trailer. The truck was escorted by several other vehicles and by armed men in uniform.

Launch site

The final destination of the BUK-system was on farmland near Pervomaiskyi. Evidence that supports this includes multiple witnesses who saw and photographed the condensation trail of the BUK missile and its movement through the air. Other witnesses were able to link the trail to the BUK-TELAR which they had seen earlier on 17 July 2014.

Witnesses were interviewed who had seen a plume of smoke, the BUK-TELAR at the launch site in Pervomaiskyi, and the missile right after it had been launched.

Journalists have spoken to witnesses who had seen the launch of the missile at a very short distance from the launch location. These witnesses testified that they heard a very loud noise and a high whistling sound.

After the BUK missile had been fired, the BUK-TELAR initially drove off under its own power. A short time later it was reloaded onto the Volvo truck and transported back to the Russian border. During the night, the convoy crossed the border into the territory of the Russian Federation.

Perpetrators

Now that we have established what happened, the investigation now focuses on the perpetrators. This will be a matter for the long haul. So far, the JIT has identified approximately 100 people who can be linked to the downing of MH17 or the transport of the BUK-TELAR. The JIT has been investigating these people through various sources, such as intercepted telephone conversations and witness statements.

In addition, an investigation is conducted into the chain of command. Who gave the order to bring the BUK-TELAR into Ukraine and who gave the order to shoot down flight MH17? Did the crew decide for themselves or did they execute a command from their superiors? This is important when determining the offences committed by the alleged perpetrators.

The JIT wishes to emphasise that it continues to seek additional information and evidence, including information from insider witnesses. Ukrainian law provides for lower sentences, and in certain circumstances relief from criminal liability, for those who cooperate with the investigation.

Furthermore, the website <www.jitmh17.com> now includes a number of intercepted telephone conversations. The JIT is now asking for information about certain people who participated in these conversations. People who can identify these voices are requested to report this to the JIT.

The JIT will be actively involved in the investigation in the coming period and for that reason the JIT agreement was extended yesterday, until 1 January 2018.

Quelle: <<https://www.om.nl/onderwerpen/mh17-crash/@96068/jit-flight-mh17-shot/>>

CHRONIK

27. Juni – 25. September 2016

27.06.2016	Der stellvertretende Chef der OSZE-Beobachtermission Alexander Hug erklärt, dass in den vergangenen Wochen das Waffenstillstandsabkommen von Minsk etwa 8.000 Mal pro Woche verletzt worden sei. Seit Beginn des Jahres habe sich die Situation stark verschlechtert.
27.06.2016	Nach Angaben aus dem Energieministerium bezieht die Ukraine elektrische Energie aus Russland im Umfang von 600 Megawatt. Dieser Import sei nötig geworden, da Blöcke mehrerer Kernkraftwerke aufgrund hoher Außentemperaturen abgeschaltet werden mussten. Zuvor hatte Energieminister Ihor Nasalik erklärt, dass kein Import russischen Stroms nötig sei.
28.06.2016	Präsident Petro Poroschenko erklärt vor dem Parlament, dass eine Verfassungsänderung bezüglich einer Dezentralisierung der Ukraine, wie sie das Abkommen von Minsk vorsieht, nur beschlossen werden könne, wenn zuvor ein beständiger Waffenstillstand im Donbass erreicht und russische Kräfte aus der Region abgezogen worden seien.
28.06.2016	Witalij Kasko und David Sakwarelidse, zwei ehemalige Stellvertreter des ehemaligen Generalstaatsanwalts Wiktor Schokin, kündigen gemeinsam mit einigen Abgeordneten an, eine neue Partei zu gründen. Unter anderem versprechen sie einen entschlossenen Kampf gegen Korruption. Einen Namen hat die neue Partei bisher nicht.
29.06.2016	Vertreter der Separatisten der »Volksrepublik Donezk« weisen Informationen zurück, nach denen die »Volksrepublik Donezk« per Gesetz das Eigentum des ukrainischen Staates auf dem von ihr kontrollierten Gebiet beschlagnahmt habe.
30.06.2016	Der Journalist und Abgeordnete des Blocks Petro Poroschenko, Mustafa Nayyem, kündigt die Gründung einer neuen politischen Partei auf der Basis der bereits existierenden »Demokratischen Allianz« an.
30.06.2016	Die ukrainische Eisenbahngesellschaft Ukrzaliznyzja meldet, dass seit dem 25. Juni 2016 die Schienenverbindung zwischen dem ukrainisch kontrollierten Teil und den separatistisch kontrollierten Gebieten wiederaufgenommen worden sei. Der Schienenverkehr war zuvor immer wieder unterbrochen worden – aufgrund eines Verbots, wegen Streiks der Eisenbahnmitarbeiter in der »Volksrepublik Donezk« und wegen Beschädigungen der Infrastruktur durch die Kampfhandlungen. Die Schäden seien nun behoben, erklärt ein Mitarbeiter der Elektrizitäts-Holding DTEK, die nun wieder Kohle aus den Separatistengebieten in den ukrainisch kontrollierten Landesteil liefert.
30.06.2016	Die stellvertretende Ministerin für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, Natalja Mykolska, kündigt an, das Handelsembargo auf bestimmte russische Produkte zu verlängern. Als Begründung gibt sie an, dass Russland seine Sanktionen gegen die Ukraine bis Ende 2017 verlängert habe. Russland hatte im Zuge des Inkrafttretens des Freihandelsabkommens zwischen der EU und der Ukraine am 1. Januar 2016 Handelsbeschränkungen für ukrainische Produkte erlassen.
30.06.2016	Der Chef des russischen Energiekonzerns Gazprom, Aleksej Miller, erklärt, die Ukraine könne im dritten Quartal 2016 Gas zum Preis von 167,57 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter beziehen. Dafür müsse der ukrainische Energiekonzern Naftohaz in Vorauszahlung gehen. Die Ukraine bezieht seit Herbst 2015 kein Gas mehr direkt aus Russland.
30.06.2016	Der Opernsänger Wasilij Slipak, der sich freiwillig zur Teilnahme an der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Streitkräfte im Donbass gemeldet hatte, wird im Gebiet Luhansk getötet. Er hatte im Freiwilligenbataillon des Rechten Sektors gekämpft. Präsident Petro Poroschenko verleiht ihm am Nachmittag posthum den Orden »Für Mut« erster Klasse.
01.07.2016	Die Steuerbefreiung für Rentner, die das Parlament am 2. Juni 2016 beschlossen hatte, tritt in Kraft.
01.07.2016	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman erklärt in einem Interview für die deutsche Funke Mediengruppe, er sei überzeugt, dass die Ukraine innerhalb von zehn Jahren Mitglied der EU werde. Eine Pressesprecherin des deutschen Auswärtigen Amtes entgegnet später, bisher gebe es keinerlei Beitrittsperspektive für die Ukraine.
02.07.2016	Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko spricht sich dafür aus, das allgemeine Strafrecht für im Einsatz befindliche Soldaten auszusetzen. Anlass ist ein Prozess gegen Walentin Licholit, der beschuldigt wird, im Sommer 2014 während seines Einsatzes für das Freiwilligenbataillon Ajdar Eigentumsdelikte verübt und eine kriminelle Bande angeführt zu haben. Auch die Kampfpilotin und Abgeordnete der Partei Vaterland Nadeschda Sawtschenko fordert, in Kriegssituationen das gewöhnliche Strafrecht außer Kraft zu setzen und Handlungen von Soldaten im Einsatz nach gesondertem Recht zu behandeln.
02.07.2016	Die Kampfpilotin und Abgeordnete der Partei Vaterland Nadeschda Sawtschenko erklärt in einem Interview, sie würde für das Amt der Verteidigungsministerin zur Verfügung stehen, wenn sie ein entsprechendes Angebot bekäme.
03.07.2016	Präsident Petro Poroschenko ernennt Jurij Woronchenko zum neuen Kommandeur der ukrainischen Seestreitkräfte.
04.07.2016	Nach Angaben des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel verschärft Russland die Bedingungen für den Transit ukrainischer Waren nach Kasachstan und Kirgistan. Unter anderem dürften keine Waren mehr durch Russland transportiert werden, für die in Russland ein Handelsembargo besteht, so das Ministerium in einer Mitteilung.

05.07.2016	Das Parlament entzieht dem Abgeordneten Oleksandr Onischtschenko die Immunität und leitet seine Festnahme ein. Onischtschenko steht im Verdacht, staatliche Mittel in Höhe von 1,6 Milliarden Hrywnja (zurzeit etwa 58 Millionen Euro) veruntreut zu haben. Onischtschenko weist die Anschuldigungen zurück. Später gibt er bekannt, dass er sich zurzeit nicht in der Ukraine aufhalte.
06.07.2016	Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko ernennt Roman Howda zum Staatsanwalt der Stadt Kiew. Howda war zuvor Stellvertreter des umstrittenen ehemaligen Generalstaatsanwalts Wiktor Schokin gewesen, der auf Bitten des Präsidenten Petro Poroschenko im Februar 2016 zurückgetreten war. Howda wurde verschiedentlich Korruption vorgeworfen.
07.07.2016	US-Außenminister John Kerry trifft zu einem Besuch in der Ukraine ein. Themen der Gespräche mit Präsident Petro Poroschenko sind unter anderem der Reformprozess in der Ukraine und das Abkommen von Minsk zur Regulierung des Konflikts im Donbass.
08.07.2016	Der stellvertretende Gesundheitsminister Roman Wasilischin wird festgenommen. Ihm wird der Aufbau eines Korruptionssystems bei der Auftragsvergabe von Ärzten vorgeworfen. Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman verurteilt Wasilischin öffentlich. Die Regierung entlässt ihn aus seinem Amt.
08.07.2016	Der stellvertretende Chef der OSZE-Beobachtermission Alexander Hug schreibt beim Kurznachrichtendienst Twitter, die Anzahl der Detonationen im Donbass habe sich in der laufenden Woche um das Dreifache auf etwa 3000 gesteigert.
09.07.2016	Auf ihrem Gipfel in Warschau verspricht die NATO die fortlaufende Unterstützung der Ukraine in Sicherheitsfragen. Generalsekretär Jens Stoltenberg unterstreicht, die Ukraine müsse und werde weiterhin bestrebt sein, Korruption zu bekämpfen und Reformen zu unternehmen. Präsident Petro Poroschenko erklärt außerdem, man habe sich mit der NATO auf eine neue Stufe der Zusammenarbeit geeinigt. Aus einer gemeinsamen Stellungnahme der NATO-Ukraine-Kommission geht diesbezüglich hervor, man werde die nötigen Schritte für eine Aufnahme der Ukraine in das »Enhanced Opportunities Programme« der NATO prüfen.
11.07.2016	Nachdem am 06. Juli 2016 der stellvertretende Staatsanwalt des Gebietes Riwna wegen Verdachts auf Beteiligung an illegalem Bernsteinhandel festgenommen worden war, fordert Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko, das Geschäft mit Bernstein zu legalisieren. So könnten organisierter Kriminalität und Korruption der Boden entzogen und zusätzliche Staatseinnahmen generiert werden.
11.07.2016	EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn erklärt auf einer Pressekonferenz in Kiew, die EU-Kommission werde der Ukraine 15 Millionen Euro zur Korruptionsbekämpfung zur Verfügung stellen.
12.07.2016	Spanische Medien melden, dass Stepan Tschernowezkyj, der Sohn des ehemaligen Kiewer Bürgermeisters Leonid Tschernowezkyj, in Barcelona wegen Verdachts auf organisierte Geldwäsche festgenommen worden sei. Sein Vater dementiert die Meldung später.
13.07.2016	Ein Kiewer Berufungsgericht setzt Konstantin Kulik wieder als Staatsanwalt der »Anti-Terror-Operation« ein, nachdem er von einem Gericht wegen des Verdachts auf illegale Bereicherung vorläufig vom Dienst suspendiert worden war. Das Nationale Büro für die Verhinderung von Korruption ermittelt seit mehreren Monaten gegen Kulik. Er sei im Besitz teurer Autos und einer Kiewer Wohnung, was nicht seinen Einkommensdeklarationen entspreche.
14.07.2016	Die Vorsitzende einer UN-Mission für Kinderrechte, Fiona Frazer, erklärt auf einer Pressekonferenz in Kiew, der Konflikt im Donbass habe bisher über 2.000 Zivilisten das Leben gekostet.
15.07.2016	Das Parlament geht in die Sommerpause. Die Abgeordneten treten wieder am 5. September 2016 zusammen.
16.07.2016	Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko tauscht den Chefstaatsanwalt der Region Iwano-Frankiwsk aus. Er begründet den Schritt mit stark gestiegener Bandenkriminalität in der Region, die von Ermittlern ohne lokale Verbindungen verfolgt werden müsse.
17.07.2016	Nach Daten des staatlichen Statistikamtes bezeichnen sich 72 % der Bevölkerung als arm. Im Jahr 2015 waren es noch 57 %.
17.07.2016	In sieben Wahlkreisen finden Nachwahlen zum Parlament statt.
18.07.2016	Die Generalstaatsanwaltschaft wendet sich an den Ministerpräsidenten Wolodymyr Hrojsman mit der Bitte um Anregung einer Untersuchung bezüglich eines möglichen Rechtsbruchs des Innenministers Arsen Awakow. Dieser habe – entgegen den gesetzlichen Vorschriften – bei den Behörden keinen Interessenskonflikt angezeigt, als im Herbst 2015 das Innenministerium die Ermittlung zu einem Fall übernahm, in dem Awakows Geschäftspartner Ihor Kotwitzkyj der illegalen Ausfuhr von 40 Millionen US-Dollar verdächtigt wird. Awakow selbst habe sich in das Verfahren allerdings nicht eingemischt.
19.07.2016	Der stellvertretende Chef der OSZE-Beobachtermission Alexander Hug erklärt, dass die von Separatisten kontrollierten Gebiete im Donbass kontinuierlich mit Waffen und Munition versorgt würden. Hug nennt keine Quelle dieser Lieferungen.

20.07.2016	Die Zentrale Wahlkommission veröffentlicht die amtlichen Ergebnisse aus einem von sieben Wahlkreisen, die am 17. Juli 2016 Nachwahlen für das Parlament abgehalten hatten. In dem Wahlkreis im Gebiet Luhansk siegt demzufolge ein Kandidat der Partei »Unsere Gegend«.
20.07.2016	Der Zeitungs-, Radio- und Fernsehjournalist Pawel Scheremet wird im Zentrum Kiews bei der Explosion einer Autobombe getötet. Er hatte unter anderem für die Zeitung Ukrainska Prawda gearbeitet. Das Auto gehörte seiner Kollegin, der Journalistin Alena Pritula. Die Strafverfolgungsbehörden erklären am Folgetag jedoch, der Angriff habe Scheremet gegolten. Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko erklärt, man ermittle auch in die Richtung eines gezielten Destabilisierungsversuchs. Nach Informationen des Außenministeriums sagt die EU-Kommission ihre Hilfe bei der Aufklärung des Verbrechens zu.
22.07.2016	Das polnische Parlament stimmt für eine Resolution zur »Tragödie von Wolhynien«, die von der Partei Recht und Gerechtigkeit eingebracht wurde. In der Resolution werden die Massaker, die die Ukrainische Aufstandsarmee (der militärische Arm der Organisation Ukrainischer Nationalisten) während des Zweiten Weltkrieges an der polnischen Bevölkerung verübten, als Genozid bezeichnet.
23.07.2016	Die Organisation Ukrainischer Nationalisten erklärt, das Innenministerium habe ihr verboten, auf einer Landstraße zwischen Schytomyr und Kiew eine Zeltstadt zu errichten. Die Nationalisten wollten damit gegen eine Prozession der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats protestieren, die zur Feier der Christianisierung der Kiewer Rus zurzeit in der Ukraine abgehalten wird. Zwei Prozessionszüge sollen sich am 27. Juli in Kiew treffen.
24.07.2016	Die »Ministerpräsidenten« der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk verschieben die für den 24. Juli angesetzten Lokalwahlen auf den 6. November 2016. Die Ukraine besteht darauf, dass Wahlen in den von Separatisten kontrollierten Gebieten ausschließlich nach ukrainischem Recht und im Beisein internationaler Beobachter stattfinden.
25.07.2016	Als Reaktion auf den Mord an dem Journalisten Pawlo Scheremet im Kiewer Stadtzentrum am 20. Juli 2016 kündigt Präsident Petro Poroschenko einen landesweiten Ausbau der Videoüberwachung öffentlicher Plätze an.
25.07.2016	Der »Ministerpräsident« der »Volkrepublik Donezk« Oleksandr Sachartschenko erklärt seine Bereitschaft, sich mit der Abgeordneten der Partei Vaterland, Nadeschda Sawtschenko, zu treffen. Diese hatte zuvor mehrfach vorgeschlagen, direkte Gespräche mit den Separatisten der »Volksrepubliken« zu führen.
25.07.2016	In einer Erklärung bittet das ukrainische Außenministerium die internationalen Partner der Ukraine darum, politischen und diplomatischen Druck auf die russische Regierung auszuüben. Es wirft Russland vor, die Verschärfung der bewaffneten Auseinandersetzungen im Donbass durch fortdauernde Unterstützung der Separatisten mit Waffenlieferungen zu verantworten.
26.07.2016	Innenminister Arsen Awakow erklärt auf seiner Facebook-Seite, dass die von der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchates organisierte Prozession durch die Straßen Kiews unterbunden werde. Mit dem Umzug, der seit dem 3. Juli 2016 aus verschiedenen Teilen der Ukraine unterwegs ist und sich im Kiew treffen soll, wird die Christianisierung der Kiewer Rus gefeiert.
26.07.2016	Die Zentrale Wahlkommission veröffentlicht die amtlichen Ergebnisse aus fünf von sieben Wahlkreisen, die am 17. Juli 2016 Nachwahlen für das Parlament abgehalten hatten. In zwei Wahlkreisen der westukrainischen Gebiete Iwano-Frankiwsk und Wolyn gewinnen Abgeordnete der Partei Ukrop, ein Wahlkreis des Gebietes Cherson stellt eine Abgeordnete der Partei Vaterland. Außerdem ziehen zwei parteilose Abgeordnete ins Parlament ein. In keinem der fünf Wahlkreise kann sich der Kandidat der Partei des Präsidenten – Block Petro Poroschenko – durchsetzen.
27.07.2016	Das Ministerkabinett beendet einseitig die Vereinbarung mit Russland über Zusammenarbeit in der Jugendpolitik. Ihor Schdanow, Minister für Jugend und Sport, erklärt, seit dem Ausbruch des bewaffneten Konflikts im Donbass im Jahr 2014 habe es keine Zusammenarbeit gegeben. Die formelle Aufkündigung der Vereinbarung folge nun der Praxis.
27.07.2016	Das Ministerkabinett setzt Uljana Suprun zur kommissarischen Gesundheitsministerin ein. Sie war zuvor stellvertretende Gesundheitsministerin.
27.07.2016	Ein Vertreter der OSZE-Beobachtermission ruft beide Seiten des Konflikts dazu auf, die Vereinbarungen des Minsker Protokolls bis Ende des Jahres umzusetzen.
28.07.2016	Die Nationalbank senkt den Leitzins auf 15,5 %.
28.07.2016	Das russische Außenministerium ernennt den Diplomaten Sergej Toropow zum kommissarischen Botschafter Russlands in der Ukraine, nachdem der russische Präsident Wladimir Putin den russischen Botschafter Mischaïl Surabow aus Kiew abgezogen hatte.
29.07.2016	Das Katastrophenschutzministerium gibt bekannt, dass wegen der hohen Temperaturen und des schwachen Winds in Kiew die zulässigen Höchstwerte mehrerer Schadstoffe in der Luft überschritten worden seien.

29.07.2016	Der Abgeordnete der Fraktion Volkswille Oleksandr Onischtschenko, dem das Parlament am 5. Juli die Immunität entzogen hatte, erklärt, er halte sich in London auf und habe politisches Asyl beantragt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn wegen Veruntreuung. Onischtschenko streitet die Vorwürfe ab und bezeichnet das Verfahren als politisch motiviert.
31.07.2016	Die US-amerikanische Organisation Freedom House stuft die Ukraine als »partly free« ein und merkt insbesondere Probleme mit Korruption, in der Justiz und bei der Pressefreiheit an. Die Kennwerte in diesen drei Bereichen sind auf dem Niveau von 2013.
01.08.2016	Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung gibt bekannt, dass ab sofort alle staatlichen Ausschreibungen über die digitale Plattform ProZorro abgewickelt werden müssen.
01.08.2016	Der ehemalige Fraktionsvorsitzende der Partei der Regionen Oleksandr Efremow wird für 60 Tage in Untersuchungshaft genommen. Er war am 30. Juli am Kiewer Flughafen Borispil festgenommen worden. Seit Februar 2015 hatte er sich gegen Kautionshaft auf freiem Fuß befunden. Seit damals läuft gegen Efremow ein Verfahren wegen des Verdachts auf einen Angriff auf die territoriale Integrität der Ukraine.
02.08.2016	Die Abgeordnete der Partei Vaterland, Nadeschda Sawtschenko, tritt in einen Hungerstreik. Sie erklärt, sie protestiere damit gegen die Tatenlosigkeit des Präsidenten Petro Poroschenko bezüglich der in Russland und in den Separatistengebieten festgehaltenen ukrainischen Gefangenen. Man müsse damit beginnen, selbst Gefangene freizulassen. Sie ruft zudem die Verwandten der Gefangenen zum Protest auf.
04.08.2016	Außenminister Pawlo Klimkin erklärt, die Ukraine sei zurzeit nicht bereit, mit Russland die Nachfolge des kürzlich abgelösten russischen Botschafters in der Ukraine zu besprechen. Personalfragen seien zweitrangig, zunächst müsse es Fortschritte bei der Konfliktlösung im Donbass geben.
05.08.2016	Eine OSZE-Beauftragte für die Bekämpfung von Menschenhandel erklärt auf einer Pressekonferenz, dass in den vergangenen zwei Jahren die Zahl der Opfer von Menschenhandel in der Ukraine gestiegen sei.
06.08.2016	Nach Angaben des ehemaligen Abgeordneten der Partei der Regionen, Oleh Zarjow, der sich in dem von Separatisten kontrollierten Gebiet aufhält, wird Ihor Plotnyzkyj, das »Oberhaupt« der »Volksrepublik Luhansk«, bei der Explosion einer Autobombe in Luhansk schwer verletzt. Vertreter der OSZE-Beobachtermission bestätigen später die Detonation. Zarjow erklärt, es werde wegen des Verdachts auf eine ukrainische Sabotageaktion ermittelt. Am Abend wird auf Plotnyzkyjs Webseite eine Audiobotschaft veröffentlicht, in der er erklärt, es sei nichts Ernstes geschehen und es gehe ihm gut.
07.08.2016	Im Norden der Krim zieht Russland Militärtechnik und Soldaten zusammen. Zuvor war bereits der Verkehr zwischen dem ukrainischen Festland und der von Russland annektierten Halbinsel von russischer Seite unterbrochen und später partiell wieder aufgenommen worden.
08.08.2016	Ein Kiewer Gericht ordnet für den ehemaligen Abgeordneten der Partei der Regionen, Wolodymyr Medjanik, Untersuchungshaft ohne Möglichkeit auf Kautionshaft an. Er ist angeklagt, gezielte Handlungen zur Veränderung der Staatsgrenzen unternommen zu haben und zur Gründung der in der Ukraine als terroristische Organisation eingestuft »Volksrepublik Luhansk« beigetragen zu haben.
08.08.2016	Der staatliche Statistikdienst meldet im zweiten Monat in Folge eine leichte Deflation. Der Preisindex ist erneut um 0,1 % gefallen. Seit Beginn des Jahres sind die Preise allerdings im Mittel um 4,8 % angestiegen.
09.08.2016	Die OSZE-Beobachtermission vermeldet, dass der Anführer der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, ein Treffen mit Vertretern der Mission verweigere. Am 29. Juli hatten Kämpfer der »Volksrepublik« mehrere Angehörige der Beobachtermission bedroht.
09.08.2016	Russland schließt die Grenzübergänge auf der Krim für Personen und Fahrzeuge, die sich in Richtung des ukrainischen Festlandes bewegen. Die Einreise auf die Krim ist nur noch an einem Grenzübergang möglich. Am Folgetag wird der Grenzverkehr in beiden Richtungen wieder aufgenommen.
10.08.2016	Der russische Inlandsgeheimdienst FSB veröffentlicht eine Pressemitteilung, in der ukrainische Geheimdienste versuchter Anschläge auf Infrastruktur der Krim beschuldigt werden. In der Nacht auf den 07. August 2016 sei eine Gruppe ukrainischer Geheimdienstmitarbeiter auf der Krim gestellt worden, es sei zu einer Schießerei gekommen, im Laufe derer ein Mitarbeiter des FSB getötet worden sei. Man habe mehrere Personen festgenommen. In der Nacht zum 08. August hätten erneut Gruppen von Attentätern versucht, auf die Halbinsel zu gelangen, währenddessen habe die ukrainische Armee über die Grenze zur Krim gefeuert. Dabei sei ein russischer Soldat ums Leben gekommen. Der russische Präsident Wladimir Putin beschuldigt die politische Führung der Ukraine, Terror einzusetzen, um die Situation auf der Krim zu destabilisieren. Weitere Gespräche im Normandie-Format zur Beilegung des Konflikts in der Ostukraine bezeichnet Putin unter diesen Umständen als unsinnig. Der ukrainische Generalstab nennt die Beschuldigungen von russischer Seite eine Provokation. Es habe weder Anschlagpläne noch Festnahmen von Mitarbeitern gegeben. Präsident Petro Poroschenko erklärt am Abend, die Anschuldigungen dienten dazu, der Ukraine zu drohen.

10.08.2016	Der Abgeordnete Oleksandr Onischtschenko wird zur Fahndung ausgeschrieben. Nachdem das Parlament ihm die Immunität entzogen hatte und gegen ihn Ermittlungen wegen Veruntreuung staatlicher Mittel in Höhe von 1,6 Milliarden US-Dollar eingeleitet worden waren, hatte Onischtschenko das Land verlassen. Er hält sich zurzeit in London auf. Im Parlament hatte er zuletzt der Fraktion »Volkswillen« angehört, in der vorangegangenen Legislaturperiode war er Teil der Fraktion der Partei der Regionen.
11.08.2016	Als Reaktion auf die Anschuldigungen Russlands, ukrainische Geheimdienste hätten Terroranschläge auf der Krim geplant, versetzt Präsident Petro Poroschenko die an der Grenze zur Krim stationierten Truppen in erhöhte Gefechtsbereitschaft.
11.08.2016	Ein Sprecher der EU-Vertretung in der Ukraine erklärt, es gebe bisher keine Bestätigung für die Beschuldigung Russlands, dass Gruppen ukrainischer Geheimdienstmitarbeiter auf die Krim eingedrungen seien und dort Anschläge vorbereitet hätten. Nach Darstellung des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB sind bei der Festnahme zweier solcher Gruppen auf der Krim am 07. und 08. August 2016 ein FSB-Angehöriger und ein russischer Soldat ums Leben gekommen.
12.08.2016	Das Außenministerium fordert von Russland, der OSZE-Beobachtermission Zugang zur Halbinsel zu gewähren, um die dortige Situation zu überprüfen. In der Mitteilung wird außerdem Zugang zu den ukrainischen Staatsbürgern, die in den vergangenen Tagen auf der Krim verhaftet worden sind, eingefordert.
13.08.2016	EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini ruft Russland und die Ukraine dazu auf, den Konflikt um angebliche terrorverdächtige ukrainische Geheimdienstler auf der Krim nicht eskalieren zu lassen. Zuvor hatte sich bereits US-Vizepräsident Joe Biden mit dem Aufruf an Präsident Petro Poroschenko gewandt, eine Eskalation des Konflikts zu vermeiden.
14.08.2016	Die Vorsitzende der Nationalen Agentur für die Verhinderung von Korruption, Natalja Kortschak, erklärt, dass das elektronische Register für die Offenlegung des Eigentums von Staatsbeamten trotz technischer Probleme am 15. August 2016 in Betrieb genommen werde. Zuvor hatte es Schwierigkeiten bei der Datensicherheit gegeben. Das elektronische Register ist eine wichtige Forderung der EU im Prozess zur Visafreiheit für ukrainische Staatsbürger. Auch der Internationale Währungsfond besteht auf einem funktionsfähigen elektronischen Register für die Auszahlung der nächsten Tranche seines aktuellen Hilfspakets.
15.08.2016	Bei einem Treffen mit Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier in Jekaterinburg erklärt der russische Außenminister Sergej Lawrow, Russland werde auf die Separatisten der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk einwirken und sie zur Kooperation im Rahmen der Minsker Verhandlungen bewegen.
15.08.2016	Artem Sytnyk, der Chef des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU), einer Ermittlungsbehörde, beschuldigt die Generalstaatsanwaltschaft, Mitarbeiter des NABU für elf Stunden festgehalten und unter Folter befragt zu haben. Mitarbeiter des NABU hatten zuvor verdeckt Informationen über Aktivitäten der Generalstaatsanwaltschaft gesammelt, was am 12. August 2016 bekannt geworden war. Zudem hatte es am 13. August 2016 Berichte gegeben, nach denen Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft auf Veranlassung des NABU verprügelt worden seien. Sytnyk betont unterdessen, dass es keinen Konflikt zwischen beiden Behörden auf der Führungsebene gebe.
16.08.2016	Der Gouverneur des Gebietes Schytomyr, Serhyj Maschkowskyj, reicht beim Präsidenten sein Rücktrittsgesuch ein. Er war seit Juli 2014 auf diesem Posten.
17.08.2016	Nach einem Arbeitstreffen mit Präsident Petro Poroschenko bezüglich der technischen Probleme beim elektronischen Register für Eigentumsdeklarationen von Staatsbediensteten erklärt die Chefin der Nationalen Agentur für die Verhinderung von Korruption, Natalja Kortschak, dass die Behörde für Datensicherheit dem Register bis Ende August 2016 die Sicherheit attestieren müsse. Das Register war am 15. August in Betrieb genommen worden, obwohl es Probleme mit der Datensicherheit gegeben hatte. Für die Pannen wird die beauftragte Firma Miranda verantwortlich gemacht.
17.08.2016	Nach Angaben des Staatlichen Statistikdienstes sind im Jahr 2016 netto etwa zwei Milliarden US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen in die Ukraine geflossen.
18.08.2016	Beim Besuch einer Armeeeinheit in Lwiw erklärt Präsident Petro Poroschenko, man schließe eine offene Invasion russischer Streitkräfte nicht aus, sei aber imstande, auf einen solchen Angriff militärisch zu reagieren. Die Äußerung steht im Zusammenhang mit den kürzlich aufgetretenen Spannungen an der Grenze zur von Russland annektierten Halbinsel Krim und der zuletzt wieder angestiegenen Zahl von Schusswechseln im Donbass.
20.08.2016	Präsident Petro Poroschenko telefoniert mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Nach Angaben von Poroschenkos Pressestelle verspricht Erdoğan während des Gesprächs, die Krimannexion auch weiterhin nicht anzuerkennen. Beide tauschen sich außerdem über eine strategische Zusammenarbeit im Energiesektor aus.

22.08.2016	Außenminister Pawlo Klimkin erklärt, es gebe zurzeit keine Pläne für ein formales Treffen der Staats- und Regierungschefs des Normandie-Formates – der Ukraine, Russlands, Frankreichs und Deutschlands. Ein für den 01. September 2016 geplantes informelles Treffen der Außenminister in Potsdam sei auf unbestimmte Zeit verschoben worden, da der russische Außenminister Sergej Lawrow seine Teilnahme abgesagt habe.
22.08.2016	Präsident Petro Poroschenko ruft die Inhaber ukrainischer Fernsehkanäle auf, einen höheren Anteil des Programms in ukrainischer Sprache auszustrahlen. Im Juli hatte er bereits ein Gesetz unterzeichnet, das mehr ukrainischsprachige Musik im Radio vorschreibt.
23.08.2016	Leonid Krawtschuk, der erste Präsident der unabhängigen Ukraine, erklärt, der Minsker Prozess über den Konflikt im Donbass sei nicht mehr geeignet, die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen und ihr die Kontrolle über die Grenzen zurückzugeben. Zu Beginn des Konflikts hätten die Minsker Gespräche dazu beigetragen, alle Parteien an einen Tisch zu bringen, nun müssten andere Formate gefunden werden.
24.08.2016	Zum Unabhängigkeitstag der Ukraine tritt Präsident Petro Poroschenko auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew auf. In seiner Ansprache wendet er sich explizit an die Menschen auf der von Russland annektierten Krim und in den von Separatisten kontrollierten Gebieten im Donbass. Er erklärt, man kämpfe für ihre Rückkehr in die Ukraine auf politischem und diplomatischem Weg.
25.08.2016	Im Gebiet Mykolajiw werden drei Polizisten festgenommen. Sie werden verdächtigt, im Ort Krywe Osero einen Mann bei seiner Verhaftung zu Tode geprügelt zu haben. Innenminister Arsen Awakow kündigt an, die Polizeiführung des Gebiets auszutauschen.
26.08.2016	Darka Olifer, die Pressesprecherin Leonid Kutschmas, des Vertreters der Ukraine in den Minsker Verhandlungen, erklärt, bei Beratungen der Arbeitsgruppe zu Wirtschaftsfragen habe es einen Fortschritt gegeben. Man habe die Wiederinstandsetzung eines Wasserwerks im Gebiet Luhansk vereinbart, das etwa 400.000 Menschen mit Wasser versorgt. Nach Angaben Olifers habe die ukrainische Seite zudem darauf gedrängt, zum Schulbeginn am 01. September 2016 einen erneuten Waffenstillstand zu vereinbaren. Beide Seiten verletzen regelmäßig die geltenden Waffenstillstandsabkommen im Donbass, zuletzt hatte die Gewalt wieder zugenommen.
26.08.2016	Boris Loschkin, der Vorsitzende der Präsidialverwaltung, erklärt seinen Rücktritt. Loschkin übernimmt den Vorsitz des Nationalen Investitionsrates.
27.08.2016	Die Vertretung der EU in der Ukraine ruft Russland dazu auf, Ilma Umerow, den stellvertretenden Vorsitzenden des Medschlis der Krimtataren, umgehend freizulassen. Gegen Umerow war im Mai 2016 ein Verfahren eingeleitet worden. Ein russisches Gericht wirft ihm vor, im krimtatarischen Fernsehsender ATR zu Handlungen aufgerufen zu haben, die die territoriale Einheit der Russischen Föderation gefährden. Er befindet sich zurzeit – trotz seines stark verschlechterten Gesundheitszustandes – in einer psychiatrischen Anstalt. Dort soll im Auftrag des Gerichts ein Gutachten erstellt werden.
28.08.2016	Der russisch-ukrainische Journalist Aleksandr Schtschetilin wird mit einer Schusswunde im Kopf auf dem Balkon seiner Wohnung aufgefunden. Die Tatwaffe habe neben ihm gelegen, meldet die Polizei. Schtschetilin lebte seit dem Jahr 2005 in Kiew und hatte 2014 seine russische Staatsbürgerschaft abgegeben. Die Internetzeitung Ukrainska Prawda meldet, die Ermittler gingen bisher von Selbstmord aus, da es einen Abschiedsbrief gegeben habe.
29.08.2016	Die Menschenrechtsorganisationen Human Rights Watch und Amnesty International veröffentlichen einen Bericht, aus dem hervorgeht, dass der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU 13 Gefange aus einem Geheimgefängnis entlassen hat. Die Menschen seien befreit worden, nachdem die Organisation im Juli 2016 den Separatisten im Donbass und den ukrainischen Sicherheitsbehörden vorgeworfen hatten, Gefangene versteckt zu halten und zu foltern.
29.08.2016	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman gibt per Facebook bekannt, dass eine Petitionsplattform des Ministerkabinetts im Internet freigeschaltet worden sei. Dort können Bürger Onlinepetitionen unterzeichnen. Die Regierung muss sich mit der Petition auseinandersetzen, wenn sie innerhalb von drei Monaten mindestens 25.000 Unterzeichner findet.
29.08.2016	Präsident Petro Poroschenko entlässt offiziell den am 26. August 2016 zurückgetretenen Vorsitzenden der Präsidialverwaltung Boris Loschkin. Er setzt an dessen Stelle Ihor Rajnin ein, der bis zu diesem Zeitpunkt Gouverneur des Gebietes Charkiw war.
30.08.2016	Das regierungseigene Komitee für Wirtschafts-, Finanz- und Rechtspolitik veröffentlicht Pläne, nach denen bis Ende 2017 insgesamt 330 Staatsbetriebe privatisiert werden sollen. Darunter befinden sich auch Großunternehmen wie der Turbinenhersteller Turboatom.
31.08.2016	Die britische Journalistengruppe Bellingcat veröffentlicht einen Bericht, der auf öffentlich zugänglichen Quellen in sozialen Medien basiert und aus dem hervorgeht, dass die Zahl der von der russischen Armee vergebenen Medaillen »Für eine Auszeichnung im Kampf« in den Jahren 2014 und 2015 erheblich höher gelegen habe als vor 2014. Nach Angaben der Gruppe deutet dies auf den Einsatz tausender Soldaten in kriegerischen Handlungen hin. Dies sei ein Indiz für die Beteiligung tausender russischer Soldaten an den Kämpfen im Donbass in den Jahren 2014 und 2015, folgern die Journalisten.

31.08.2016	Die staatliche Datenschutzbehörde attestiert dem digitalen Vermögensregister nach anfänglichen Problemen mit dem Datenschutz nun die nötige Sicherheit. Die Mängel, die dem Entwickler der Software zugeschrieben worden waren, und die die planmäßige Inbetriebnahme verzögert hatten, seien nun behoben, erklärt der Vorsitzende der Behörde.
31.08.2016	Zum Schulanfang in der Ukraine und in den von Separatisten kontrollierten Gebieten im Donbass zum 01. September 2016 tritt um Mitternacht eine in Minsk vereinbarte Waffenruhe zwischen der ukrainischen Armee und Separatisten in Kraft. Die OSZE-Beobachtermission und das Gemeinsame Kontroll- und Koordinationszentrum bestätigen die weitgehende Einhaltung der Waffenruhe am Nachmittag.
01.09.2016	Nach der bereits im Februar 2015 verabschiedeten Regelung werden die Strompreise für Endverbraucher im Mittel um 25 % angehoben.
02.09.2016	Nach Angaben des ukrainischen Generalstabs beruhigt sich die Lage im Gebiet der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee. Am 31. August 2016 war eine erneute Waffenstillstandsvereinbarung inkraft getreten.
03.09.2016	Die Online-Zeitung Ukrainiska Prawda berichtet, dass die Website des neuen elektronischen Vermögensregisters von Staatsbediensteten weiterhin technische Probleme aufweise. Nach technischen Pannen und Verzögerungen waren ab dem 15. August erste Deklarationen aufgenommen worden. Diese seien jedoch noch immer nicht einsehbar. Am Folgetag werden die ersten Deklarationen eingestellt.
03.09.2016	EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn kündigt auf der Sitzung der EU-Außenminister in Bratislava an, dass EU-Parlament und Ministerrat noch im laufenden Jahr über die Befreiung ukrainischer Staatsbürger von der Visapflicht entscheiden werden.
04.09.2016	Der stellvertretende Polizeichef Konstantin Buschujew erklärt, im Kiewer Umland hätten bewaffnete Unbekannte versucht, die Sicherheitsbediensteten der Firma »Chimaks« zu überwältigen – mit dem Ziel, das Unternehmen widerrechtlich zu beschlagnahmen. Dabei sei eine Person ums Leben gekommen und eine weitere verletzt worden. Die Polizei habe vier der Angreifer festnehmen können.
04.09.2016	Im Gebäude des Fernsehsenders Inter in Kiew kommt es zu einem Brand. Der Sender meldet später, der Brand sei infolge eines bewaffneten Angriffs auf den Sender entstanden. Vor dem Gebäude hatte eine Protestkundgebung stattgefunden. Eine Polizeisprecherin erklärt später, eine Gruppe von 20 Personen habe zunächst vor dem Gebäude Reifen angezündet und eine Rauchgranate in das Gebäude geworfen. Einige Tage zuvor war bekannt geworden, dass Mitarbeiter des Senders Kontakt zu Vertretern der »Volksrepublik Donezk« haben. Innenminister Arsen Awakow hatte am 31. August 2016 den Inlandsgeheimdienst SBU öffentlich aufgefordert, gegen den Kanal Ermittlungen wegen dessen angeblicher »antiukrainischer und antistaatlicher Positionen« einzuleiten.
05.09.2016	Nachdem im Donbass die Waffen für einige Tage weitgehend geruht hatten, wird aus Troizke im Gebiet Luhansk wieder ein Kampf gemeldet. Der Waffenstillstand war am 31. August 2016 in Kraft getreten.
06.09.2016	Die OSZE-Beobachtermission erklärt, dass die Führungen beider Seiten im Donbass-Konflikt dafür verantwortlich seien, dass die im Minsker Prozess getroffenen Vereinbarungen zum Abzug der schweren Waffen von der Frontlinie nicht umgesetzt wurden.
06.09.2016	Das Parlament beschließt, Ermittlungen gegen den Richter Mykolaj Tschaus zuzulassen. Tschaus steht unter Korruptionsverdacht und war zu einem Verhör bei der Generalstaatsanwaltschaft nicht erschienen. Tschaus ist auch wegen anderer Verfahren in der Öffentlichkeit bekannt. Er leitete unter anderem die Prozesse gegen Teilnehmer des »Automaidans« während der Proteste von November 2013 bis Februar 2014.
07.09.2016	Ilmi Umerow, der stellvertretende Vorsitzende des Medschlis – der inzwischen von Russland verbotenen inoffiziellen Vertretung der Krimtataren – wird nach drei Wochen aus einer Psychiatrie in Simferopol entlassen. Dort war er auf Anordnung eines Gerichts für ein psychiatrisches Gutachten interniert. Gegen ihn läuft ein Verfahren wegen Äußerungen im Fernsehsender ATR, die laut Anklage die territoriale Integrität der Russischen Föderation bedrohen.
08.09.2016	Das Parlament ruft die Parlamente anderer Staaten und internationale Organisationen dazu auf, die für den 18. September 2016 angesetzten Parlamentswahlen in Russland aufgrund der Annexion der Krim (auf der ebenfalls gewählt wird) nicht anzuerkennen.
08.09.2016	Der stellvertretende Chef der OSZE-Beobachtermission im Donbass, Aleksander Hug, veröffentlicht Zahlen zu Verstößen gegen den Waffenstillstand. Daraus geht hervor, dass in der ersten Woche seit Erneuerung des Waffenstillstands am 31. August 2016 die Verstöße um etwa 90 % zurückgegangen seien.
08.09.2016	Das Parlament kritisiert in einer Stellungnahme die Resolution des polnischen Parlaments, in der die Massaker der Ukrainischen Aufstandsarmee an der polnischstämmigen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg als Genozid bezeichnet werden. In der Erklärung des ukrainischen Parlaments heißt es, man bedaure, dass die tragischen Seiten der ukrainisch-polnischen Geschichte dadurch politisiert würden.

09.09.2016	Aus einem Bericht des Hohen UN-Kommissars für Menschenrechte geht hervor, dass im August 2016 im Donbass 16 Zivilisten durch kriegerische Handlungen ums Leben gekommen seien. Nach Angaben der UN sind seit Beginn des Konflikt im Jahr 2014 über 2000 Zivilisten getötet worden.
10.09.2016	Außenminister Pawlo Klimkin erklärt, dass die Durchführung der russischen Parlamentswahlen in den diplomatischen Vertretungen Russlands in der Ukraine verboten worden sei. Die Ukraine hält die Wahlen für richtig, da sie auch auf der von Russland annektierten Krim abgehalten werden.
11.09.2016	Der Vorsitzende der ukrainischen Seite des Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrums erklärt, die Situation im Donbass verschärfe sich. Wegen des erneuerten Waffenstillstandsabkommens war es seit dem 31. August 2016 in der Region zunächst ruhiger geworden.
13.09.2016	Die auf Korruptionsfälle spezialisierte Abteilung der Staatsanwaltschaft ermittelt nach Angaben ihres Vorsitzenden Nasar Cholodnyzkyj gegen zehn Parlamentsabgeordnete verschiedener Fraktionen.
14.09.2016	Der Chef des Fernsehsenders Inter, auf den am 4. September 2016 ein Anschlag verübt worden war, tritt zurück. Zuvor hatte der Sender bekanntgegeben, dass sich die Redaktionspolitik nach dem Vorfall nicht ändern werde. Dem Sender war vorgeworfen worden, pro-russische Positionen zu vertreten.
14.09.2016	Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier kündigt auf einer gemeinsamen Sitzung mit dem ukrainischen Außenminister Pawlo Klimkin und seinem französischen Amtskollegen Jean-Marc Ayrault für die kommende Nacht den Beginn eines neuerlichen Waffenstillstands für sieben Tage an. Die Initiative sei von den Separatisten in Donezk und Luhansk ausgegangen. Steinmeier erklärt, Russland unterstütze den Plan. Ayrault weist darauf hin, dass nach einer erfolgreichen Implementation der Vereinbarung zum Waffenstillstand und zum Abzug aller schweren Waffen die Ukraine ihrer Verpflichtung nachkommen müsse, Gesetze zu Wahlen in den umstrittenen Gebieten sowie eine Verfassungsänderung zu einem Sonderstatus des Donbass zu verabschieden.
15.09.2016	Nach Angaben des Präsidenten Petro Poroschenko verlängert der Internationale Währungsfonds sein Hilfsprogramm für die Ukraine. Dies ermögliche außerdem die Zahlung von Krediten aus den USA und der EU in Höhe von einer Milliarde US-Dollar bzw. 600 Millionen Euro.
15.09.2016	Die EU verlängert die Sanktionen gegen russische natürliche Personen und Organisationen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Separatisten im Donbass-Konflikt. Die Sanktionen bestehen aus Einreiseverboten und Kontensperrungen. Sie werden zunächst um ein halbes Jahr verlängert.
15.09.2016	Das Ministerkabinett verabschiedet einen Entwurf zum Haushalt für das Jahr 2017. Das Projekt geht von einem Wirtschaftswachstum von drei Prozent aus. Die geplante Neuverschuldung liege bei drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes.
16.09.2016	Die OSZE-Beobachtungsmission vermeldet, dass in der Nacht kein einziger Schuss im Donbass gefallen sei.
16.09.2016	Im Rahmen seines Hilfspaktes zahlt der Internationale Währungsfonds die dritte Tranche in Höhe von einer Milliarde US-Dollar an die Ukraine aus und legt gleichzeitig die Bedingungen für eine vierte Tranche vor. Die Ukraine müsse das Rentensystem und die Vergabe von Wohngeld reformieren sowie einen Mechanismus zur Erhöhung der Tarife für Gas und Fernwärme ausarbeiten.
17.09.2016	Es findet ein Gefangenenaustausch statt. Ein Angehöriger des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU sowie ein ukrainischer Zivilist kommen frei. Die Zahl der freigelassenen Kämpfer der Separatisten ist nicht bekannt.
18.09.2016	In Kiew versuchen Protestierende, russische Staatsbürger daran zu hindern, in der russischen Botschaft an den russischen Parlamentswahlen teilzunehmen. Demonstranten verprügeln einen russischen Staatsbürger. Unter den Protestierenden sind auch Anhänger und Mitglieder der nationalistischen Partei Swoboda (Freiheit). Ein Abgeordneter des Kiewer Stadtparlaments wird festgenommen. Unterdessen protestieren auch zahlreiche Menschen friedlich gegen die Wahlen auf der annektierten Krim.
20.09.2016	Das Parlament verabschiedet eine Resolution, in der es die Parlamentswahlen in Russland vom 18. September 2016 für illegitim erklärt. Infolgedessen erkenne es auch die Zusammensetzung und die Entscheidungen des neuen Parlaments nicht an.
20.09.2016	Das Parlament lehnt in erster Lesung ein Gesetz ab, das Geheimdiensten größere Befugnisse bei der IT-Sicherheit eingeräumt hätte. Ein Abgeordneter der Fraktion Selbsthilfe, die geschlossen gegen das Projekt gestimmt hatte, erklärt, das Gesetz könne Willkür der Sicherheitsbehörden befördern und gefährde IT-Firmen.
21.09.2016	Die trilaterale Kontaktgruppe aus Vertretern der Ukraine, Russlands und der OSZE einigt sich in Minsk auf einen Versuch, an drei Orten entlang der Frontlinie den Konflikt dauerhaft zu deeskalieren. Dazu sollen die Kontrahenten je einen Kilometer von der Frontlinie abziehen, und alle vorherigen Abkommen zum Abzug schwerer Waffen vollständig erfüllen. Für den Abzug wird eine Frist von 13 Tagen vereinbart. Im Erfolgsfall sollen so Schritt für Schritt die Kampfeinheiten von der über 400 Kilometer langen Frontlinie abgezogen werden.

22.09.2016	Das US-Repräsentantenhaus verabschiedet ein Gesetz, das, sollte auch der Senat dafür stimmen, die Lieferung letaler Waffen an die Ukraine vorsieht. US-Verteidigungsminister Ashton Carter erklärt unterdessen, die Lieferung von Waffen an die Ukraine sei noch Gegenstand langer Verhandlungen. Sie hänge unter anderem auch davon ab, inwieweit Russland die Minsker Vereinbarungen umsetze.
22.09.2016	Die Nationale Agentur für die Verhinderung von Korruption gibt eine erste Ausschüttung von staatlicher Finanzierung an im Parlament vertretene Parteien bekannt. Insgesamt würden 25 % der Jahresmittel an vier Parteien verteilt: den Block Petro Poroschenko, die Partei Volksfront (je etwa 25 Millionen Hrywnja – etwa 840.000 Euro), die Partei Selbsthilfe (12,5 Millionen Hrywnja – etwa 420.000 Euro), sowie die Radikale Partei (8,5 Millionen Hrywnja – etwa 280.000 Euro). Die Partei Vaterland sowie der Oppositionsblock hatten keine schriftliche Stellungnahme zum Erhalt der Mittel eingereicht und werden daher in der ersten Runde nicht berücksichtigt, erklärt die Vorsitzende der Agentur Natalja Kortschak.
23.09.2016	Nach Einschätzungen der Investmentbank Dragon Capital wird die Staatsverschuldung bis Ende des Jahres auf 68 Milliarden US-Dollar anwachsen. Das entspricht 80 % des Bruttoinlandsprodukts. Im Laufe des Jahres 2017 soll die Verschuldung auf 75 % zurückgehen.
24.09.2016	Nach Angaben der ukrainischen Seite des Gemeinsamen Koordinations- und Kontrollzentrums und der OSZE wird die Waffenruhe in den drei Orten, für die am 22. September 2016 ein Abzug der Einheiten von der Frontlinie vereinbart worden war, eingehalten. Die OSZE stellt allerdings an anderen Orten vermehrte Verletzungen des Waffenstillstands fest.
25.09.2016	In Kiew versuchen Bewaffnete, in Büros der Firma »Smart-Holding« einzudringen, die dem Abgeordneten Wadim Nowinskyj gehört. Beobachter berichten, auf einigen der Uniformen sei die Aufschrift SBU zu lesen – der Name des Inlandsgeheimdienstes. Etwa zwei Stunden später erklärt eine Sprecherin der Generalstaatsanwaltschaft, die Durchsuchung finde im Rahmen einer Ermittlung wegen Unterschlagung im Zuge der Abwicklung der Werft »Okean« in Mykolajiw statt, an der »Smart-Holding« beteiligt war.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Heiko Pleines

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

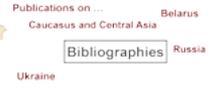
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste

der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>